ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל
SONNTAG, 28. JULI 1974 • PREIS IL 1.— המחיר: ל״י 1.— ★ יום ראשון, ט׳ באב תשל״ד

Nur 24 Prozent für Nixon

Fuehrende Republikaner kuendigen dem Praesidenten die Gefolgschaft

uf Grund eines Beschlusses Obersten Gerichtes wird ident Nixon bis Donnerstag r Woche die ersten 20 der ungeforderten Tonbänder an erstaatsanwalt Jaworski ausn.

e Popularität des Präsiden- erreichte auf Grund einer rage ihren niedrigsten Stand. 24 Prozent der Befragten n sich laut Gallup für Nixon. Hierzu kommt, dass Meinungsumfrage noch vor ntgabe des Urteilsspruches Obersten Gerichtes vorgenen worden war.

r fast sichere Beschluss des tsausschusses des Repräsenhauses, d. in Kürze erwarnd eine Anklage gegen Nizu empfehlen, kommt beeinem Impeachment, einer nthebung des Präsidenten, . Konservative Republikand Demokraten aus den aten setzen sich für das chment ein. Der Vorsitzens Rechtsausschusses, Peter o, sprach über den zweiten n der Geschichte der Verm Staaten, dass ein Impeachment-Beschluss, gefällt wird. Am Freitag waren die Anklagepunkte gegen Nixon festgelegt worden, in denen es hiess, Nixon habe bei der Untersuchung der Watergate-Affäre die Justiz behindert und sich des Amtsmissbranches schuldig gemacht. Für die Vorgerichtstellung Nixons treten auch drei bekannte bisher Nixon-treue republikanische Abgeordnete ein: L. Hagen, C. Butler und William Cohen. Die Empfehlung des Rechtsausschusses wird noch durch das Repräsentantenhaus bestätigt werden, wonach der Prozess vor dem Senat stattfinden dürfte. Man rechnet, dass 27 Demokraten und einige Republikaner, mehr als zwei Drittel, für das Impeachment eintreten werden. Nur elf Republikaner dürften für Nixon stimmen.

TERRORISTEN WERDEN EINE EXILREGIERUNG BILDEN

Beirut (R) — Das Blatt „Al Nahar" berichtet, die Terroristenverbände werden auf die gemeinsame Erklärung Sadats und Husseins bezüglich der palästinensischen Repräsentation bei den Genfer Nahost-Gesprächen mit der Gründung einer palästinensischen Exilregierung reagieren. Diese Regierung wird von Moskau anerkannt werden.

Die Terrorverbände sind über die gemeinsame Erklärung konsterniert, in der ihnen nur „begrenzte Aufgaben bei jeder Art von politischen Verhandlungen" eingeräumt worden sind. Morgen wird Sadat in Moskau eintreffen.

„Al Nahar" schreibt, dieses Thema wird ausführlich zwischen Sadat und der Kremlführung behandelt werden. Einer der Terroristenführer, Suhejr Muchsejn, sagte, die Exilregierung werde nach der Rückkehr Sadats aus Moskau gebildet werden.

Das Blatt schreibt, Moskau hetze die Terrorverbände gegen Sadat und fordere deren Teilnahme an der Genfer Konferenz.

USA : Friedliche Veraenderungen von Grenzen erwuenscht

Auf der Europäischen Sicherheitskonferenz hat sich die Sowjetunion nach den Angaben des westdeutschen Chefdelegierten mit dem westlichen Vorschlag einverstanden erklärt, wonach eine Liberalisierung des Austausches von Menschen und Informationen als ein wesentliches Element der Entspannung anzusehen ist. Vor Journalisten sagte der deutsche Delegierte Bonner in Genf, er sehe in diesem Kompromiss, der unmittelbar vor dem Beginn der bis zum 2. September andauernden Sommerpause erzielt worden sei, einen Schlüssel für konkrete Vereinbarungen auf diesem Gebiet. Die USA hätten angeregt, die Konferenz soll nachdrücklich die Möglichkeit einer friedlichen Veränderung von Grenzen hervorheben. Moskau, das bisher eine Einbeziehung dieses Punktes in die Konferenzdokumente abgelehnt hat, reagierte auf diesen Vorschlag jedoch nicht.

FUENF OPFER VON VERKEHRSUNFAELLEN

aret(I) — Fünf Personen bei Verkehrsunfällen im den Tod. Zehn Personen 1 verwundet.

ZUWENDUNG FÜR DEMOBILISIERTE SOLDATEN

obilisierte Soldaten, die im krieg 180 Tage dienten, eine einmalige finanzielderzuwendung auf Grund wischen dem Finanzmini- und dem Sicherheitsmim abgeschlossenen Abns erhalten.

Lediger erhält IL 700, der eines Kindes IL 825 und für von zwei oder mehredern IL 950.

In Bonn ist ein Abkommen über die Gewährung deutscher Finanzhilfe an Israel in Höhe von 140 Millionen D-Mark unterzeichnet worden. Es handelt sich um eine langfristige Anleihe für die Dauer von 30 Jahren. Die Anleihe wird nach elf Jahren in Raten zurückgezahlt.

MESCHEL GEGEN STREIK IN RUNDFUNK UND FERNSEHEN

Im „Beeri"-Klub sprach sich Histadrutsekretär Jerucham Meschel gegen den wilden Streik der Techniker im Rundfunk und Fernsehen aus. Er richtete an sie den Appell, den Streik unverzüglich abzubrechen, die Arbeit aufzunehmen und auf dem Verhandlungsweg ihre Forderungen vorzubringen.

In tiefer Trauer geben wir das Ableben meines teuren ...en, unseres teuren Vaters und Grossvaters,

ROBERT BRÜLL

...annt.

Die Beerdigung hat am Freitag, den 26. Juli 1974, im ...buz Merchawia stattgefunden.

Die Trauernden:
IRENA BRÜLL, Gattin
SCHOSCHANA und ELI EILATH, Kinder
TOMI und RIVKA BRÜLL, Kinder

In tiefer Trauer geben wir das plötzliche Ableben ...es lieben Mannes, unseres Vaters, Grossvaters und ...vagers

JAAKOW GUTGOLD ז״ל
(Sohn des MOSCHE GUTGOLD aus Lodz)

...nnt.

Die Beerdigung findet heute, Sonntag, den 28. Juli 1974, 13.30 Uhr von der städtischen Beerdigungshalle, ...hnastrasse 5, Tel-Aviv, aus, auf dem Friedhof in ...JAT SCHAUL statt.

Die trauernden Hinterbliebenen:
ESTHER GUTGOLD, Gattin
RACHEL und AVRAHAM STRIKOWSKI, Tochter und Schwiegersohn
DORON, Enkel
SARA und DAVID WINDMAN, Schwägerin und Schwager
und die übrige Familie



...tiefer Trauer geben wir das Ableben unseres geliebten

KALMAN TAMARI (Teitelbaum)
(BEN ASCHER SEELIG)

...nnt.

...Beerdigung findet heute Sonntag, den 28. Juli 1974 ...um 11 Uhr von der städtischen Beerdigungs-..., Daphnastrasse 5, Tel-Aviv, aus nach CHOLON statt.

De trauernde Familie:
EDA, Ehefrau
DAVID und SCHULAMIT TAMARI, Sohn und Schwiegertochter
DAFNA, GALIA MERAV, Enkelkinder
und die Familie im In- und Ausland

Hartnâckige Verhandlungen um Prinzipien der Waffenruhe

GRIECHENLAND MOBILISIERT ALLE MILITAERPFLICHTIGEN

In Genf herrschte gestern abend Optimismus. Man nahm angesichts der Einstellung türkischer Truppen- und Waffentransporte nach Zypern an, dass sich eine Einigung herbeiführen lassen werde. 25.000 türkische Soldaten waren am Freitag nach Zypern gekommen. In den späten Abendstunden vereinbarten die Aussenminister Griechenlands u. der Türkei eine Zusammenkunft, bei der ein prinzipielles Abkommen unterzeichnet werden sollte. Auf die in dem Abkommen enthaltenen Prinzipien soll sich die zukünftige Waffenruhe auf Zypern und die Arbeit der Genfer Zypern-Kommission stützen.

Bei den Genfer Gesprächen hatte am Freitagabend aus Ärger über türkische Waffenruhe-Verletzungen der griechische Aussenminister George Mavros die Sitzung verlassen. Er tat dies aus Protest, als ihn der türkische Aussenminister Turan Gunes durch den britischen Amtskollegen Callaghan informieren liess, dass Ankara zunächst Sicherheitsmassnahmen für die türkische Inselbevölkerung verlange. Danach solle nach türkischer Ansicht die verfassungsmässige Ordnung auf Zypern abgeändert werden. Sobald man sich über diese beiden Punkte einig geworden sei — so Gunes — sollten sich die drei Garantiestaaten des Zypernabkommens von 1960 zu weiteren Verhandlungen bereit halten.

Die Griechen gingen auf diese Vorschläge nicht ein. Als einen Hoffnungsschimmer bezeichneten Beobachter jedoch ein erstes bilaterales Treffen der beiden Aussenminister am Freitag, obwohl Aussenminister Mavros danach sagte, er glaube nicht, dass die abschliessende Plenarsitzung der Konferenz am Samstag ein Ergebnis bringen wird.

In Athen hat Staatspräsident Gizikis acht weitere Minister und mehrere Staatssekretäre der Regierung Karamanlis vereidigt. Die neuen Minister gehörten überwiegend der Widerstandsbewegung gegen das ehemalige Militärregime an. Verteidigungsminister Averoff ordnete an, dass sich die Militärpolizei künftig wieder auf ihre ursprünglichen Aufgaben als Feldgendarmerie beschränken muss. **83 Generäle der griechischen Streitkräfte wurden in den Ruhestand versetzt. Nur elf von ihnen haben die Altersgrenze erreicht.**

MOBILISIERUNG

In Griechenland werden seit Freitag alle im militärpflichtigen Alter stehenden Männer mobilisiert. Wer in Griechenland bis 1956 geboren wurde, wird eingezogen.

SCHWERE KAEMPFE

Schwere Kämpfe wurden Freitag aus Zypern gemeldet. Türkische Verstärkungen landeten bei Kyrenia. Erst gestern trat Waffenruhe ein. Unweit von Nikosia wurde ein Grossbrand gemeldet, der in den Wäldern wütete, wo angeblich türkische Soldaten im Vormarsch waren. Hinter der „grünen Linie" in Nikosia kam es ebenfalls zu einem Brand, der das türkische Viertel zu vernichten drohte. **Westlich von Kyrenia eroberten die Türken die Stadt Myrto. Damit unterbrachen sie die zweite Strassenverbindung, die von Nikosia nach Kyrenia führt.**

Die Türken haben in Kyrenia eine eigene Verwaltung etabliert. Sie erklärten, weiter Nachschub nach Zypern zu bringen, bis die griechische National-Garde die Belagerung von 20.000 Türken bei Limassol aufgibt.

Peres : Syrien bereitet den Krieg vor

Verteidigungsminister Schimon Peres erklärte, nach Informationen aus syrischen Quellen sind Meldungen eingelaufen, wonach die Araber binnen eines Jahres, vielleicht sogar in neun oder sechs Monaten zu einem militärischen Schlag gegen Israel ausholen wollen.

Der Minister sagte, das radikale Syrien sei ungeduldig und ersticke in Waffen. Bereits jetzt besitze Syrien eine grössere Luftwaffe als Ägypten. Die Syrer behaupten, falls Israel nicht die Golanhöhen räumen sollte, werden sie dies mit Waffengewalt durchsetzen. Schimon Peres gab die Erklärung in einem Televisions-Interview ab.

Der Minister erklärte, unsere Armee muss mit ihren Waffen die Grenzen bewachen und soll nicht durch Provokationen zum Einsatz gegen Juden gezwungen werden. Auf die ungesetzliche Ansiedlung bei Sebastia anspielend, sagte Peres, die Regierung dirigiere das Siedlungswesen und sorge für die Besiedlung von Punkten, die aus verschiedenen Gründen wichtig sind.

Wenn es notwendig sein sollte, wird die Regierung mit Gewalt illegale Besiedlungsaktionen verhüten.

POLITISCHE HÄFTLINGE IN FREIHEIT

Politische Häftlinge sind am Freitagmittag aus allen Gefängnissen in Griechenland in Freiheit gesetzt worden. Bereits in den Morgenstunden wurden die Familien der Häftlinge angewiesen, sie zu besuchen und in den Haftanstalten auf sie zu warten. Die Freilassung konnte aus administrativen Gründen erst nach dem offiziellen Regierungsbeschluss über die General-Amnestie erfolgen. Aus diesem Grunde fanden herzzerreissende Wiedersehensfeiern in den Gefängnishöfen statt. Erst um die Mittagszeit öffneten sich die Tore für die Häftlinge. Die ersten 45 politischen Gefangenen waren bereits am Donnerstag aus dem Gefängnis auf der Insel Jaros in Freiheit gesetzt worden. Mit Blumen überschüttet wurden sie in Athen gefeiert. In Freiheit gesetzt wurde auch Günther Wallraff, der zu 14 Monaten Haft verurteilt worden war, weil er sich an eine Säule auf dem Unabhängigkeitsplatz in Athen aus Protest gegen das militärische Regime gekettet und Flugblätter für die Wiedereinführung der Demokratie in Griechenland verteilt hatte.

KAVALEK HAT GUTE AUSSICHTEN

Bei dem internationalen Schach-Grossmeisterturnier in Solingen hat der amerikanische Meister **Ljubomir Kavalek** gute Aussichten, das Turnier zu gewinnen, obwohl ihm der Sowjetrusse **Polugajewski** auf den Fersen ist. **Boris Spasski**, der Finne **Westerinen** und **Gerusel** (Solingen) sowie **Kurajica** (Jugoslawien) sind bemüht, 8,5 Punkte und damit den Titel eines Grossmeisters zu erreichen.

Siedler verbrachten ein ruhiges Wochenende

Die Siedler von Sebastia hatten einen ruhigen Schabbat verbracht. Aus verschiedenen Ortschaften waren Chalot und Wein, sowie andere Lebensmittelgaben an die Siedler geschickt worden. 600 Chalot und 250 Flaschen Wein entsandte die Stadtverwaltung von Bat Jam. Überraschend hatten sich arabische Händler aus Nablus eingefunden, die kalte Getränke und Süssigkeiten anboten. Auch eine Anzahl jüdischer Händler hatten sich am Freitag in den frühen Morgenstunden mit Waren nach Sebastia begeben. In dem Lager in Sebastia waren die Frauen vormittags mit der Zubereitung des Essens beschäftigt, während die Männer Gmara, Geschichte und Geographie lernten. Professoren und Rabbiner leiteten den Unterricht. Für d. Kinder war Vorsorge getroffen und ein Kindergarten, komplett mit einer Kindergärtnerin und mit zahlreichen Spielzeugen vorbereitet worden.

HADSCH MASUS EL MASRI PROTESTIERT

Der Bürgermeister von Nablus, Hadsch Masus el Masri, sowie der Muchtar von Sebastia, sandten an den Militargouverneur Proteste, in denen sie unter anderem erklärten, dass der Versuch der israelischen Bürger, bei Sebastia eine Siedlung zu errichten, alle Aussichten auf gegenseitige Annäherung, Verständnis und Frieden zerstören. Die Stimmung in Nablus ist auf einen Siedepunkt geraten, hiess es in der Depesche des Bürgermeisters.

„Tischa be'Aw im Zeichen politischer Gewaltakte

Gestern abend waren bei Beginn des Tischa be-Aw Fastens alle Vergnügungsetablissements, Kaffeehäuser, etc. im Lande gesperrt. Die Synagogen waren überfüllt. Gebete wurden auch in dem „Siedlungspunkt Alon More" gesagt, wohin einige Gruppen fanatischer religiöser Elferer trotz der Strassensperren der Armee gelangen konnten. Eine Gruppe aus Ramat Magschimim und aus einem Moschaw aus den Golan kamen aus Seitenwegen. **Bei einer Strassensperre schoss ein Soldat entgegen den Anweisungen einige Salven aus einer USI-Pistole in die Luft ab.**

Leute aus Kirjat Arba in Hebron wurden angehalten und legten sich auf die Chaussee, wo sie den Verkehr behinderten. **Ein hoher Armeeoffizier gestattete ihnen schliesslich, den Weg fortzusetzen, „damit sie nicht die Schabbatruhe entheiligen".** Sie schlossen sich den Siedlern an. Eine andere Gruppe wurde bis Schabbatbeginn an einer Strassensperre festgehalten. Die Leute verbrachten den Schabbat in einem benachbarten Armeelager. Soldaten boten ihnen Nahrungsmittel in dem Lager an, in dem sie übernachteten.

Jugendliche der Poalej Agudat Israel erklärten sich mit den Siedlern solidarisch.

Die Bewegung für Bürgerrechte gab ihrer Besorgnis darüber Ausdruck, dass die Siedler unbeachtet ihren Weg bis Sebastia zurücklegen konnten.

Bar-Am : Keine Arbeitslosigkeit im Lande zu befuerchten

Im Tel-Aviver Bet Brenner erklärte Minister Bar-Am, eine Arbeitslosigkeit sei nicht zu befürchten, da es keinen „Mitun" geben wird. Die Ankurbelung der Produktionstätigkeit sei die wichtigste Waffe im Kampf der Inflation. Die Arbeitnehmer sollten der Arbeit nur in ernstesten Krankheitsfällen fernbleiben. Wichtig sei auch das Thema „Arbeitsbeziehungen". Wo es Streiks gibt, wird der Inflation Vorrang geleistet.

Bar-Am schloss mit der Bemerkung, der israelische Arbeiter müsse genauso gut wie jeder Arbeiter in anderen Ländern arbeiten können. Der Arbeitsminister gab bekannt, ab Beginn dieses Monats werde jedes ältere Ehepaar vom Bituach Haleumi einen zusätzlichen Betrag in Höhe von IL 130.— pro Monat erhalten. Insgesamt wird die Summe, die ein älteres Ehepaar vom Nationalversicherungsinstitut erhält, IL 582 ausmachen, etwa ein Viertel des Durchschnittseinkommens im Lande.

DIE LETZTEN 24 STUNDEN

In Duc Duc im Norden Südvietnams wurden bei heftigen Kämpfen etwa 1 100 kommunistische Partisanen getötet. Die Stadt wurde nach grausamsten Nahkämpfen befreit.

Der Oberste Sowjet hat erneut Nikolai Podgorny zu seinem Präsidenten und Alexej Kossygin zum Ministerpräsidenten der UdSSR gewählt.

Die Abgeordneten der Labour Partei in Neuseeland weigerten sich, einer Erhöhung ihres Gehaltes zuzustimmen. Sie sollten eine 14prozentige Lohnerhöhung erhalten. Auch der Vorsitzende der Oppositionsfraktion verzichtete auf ein höheres Gehalt, um „mit gutem Beispiel" voranzugehen.

In Bangkok brach der weisse Elefant des Königs von Thailand aus dem Zoo aus. Vier Stunden lang wurde er gesucht und schliesslich gefasst, als er einem Eisverkäufer Gefrorenes entwendete.

In Südvietnam haben Froschmänner des Vietkong eine Brücke nördlich von Danang gesprengt und die Stadt von allen Verbindungswegen abgeschnitten. Danang ist die zweitgrösste Stadt Südvietnams.

Zwei Mitglieder der Selbstwehrliga Raw Cahanes wurden in New York wegen Beleidigung eines sowjetischen Diplomaten schuldig gesprochen und unter polizeiliche Aufsicht gestellt. Sie müssen auch den Mantel des Diplomaten reinigen lassen, den sie mit Tierblut begossen hatten.

DAS WETTER

Voraussage: Wellengang bis 120 cm. Abnahme der Luftfeuchtigkeit.

Temperaturen: Jerusalem 19—29; Tel Aviv 22—29; Haifa 24—29; Lod 21—31; Tiberias 21—35; Golan-Höhen 15—30; Hermon 14—21; Galil 17—31; Hule 19—33; Emek Jesreel 21—32; Totes Meer 22—36; Beer Schewa 20—35; Ejlat 24—39 Grad.

תל־אביב־יפו
TEL-AVIV—JAFO
P. P. — שולם
139

Der Sinn des Tischa be-Aw

Von Dr. ISRAEL ZWI KANNER

In Israel ringen viele Städte miteinander, ein Monopol für einen bestimmten Feiertag zu erlangen. Unter allen Städten bemüht sich Tel Aviv, den ersten Preis für den Purimkarneval zu erhalten. Schawuot ist in Haifa am schönsten. Jerusalem ist u.a. auf den traurigen Tag konzentriert: Tischa be'Aw.

Noch bis vor acht Jahren erlebten wir am 9. Aw mit immer sich erneuerndem Schmerz die Etappen der Zerstörung unserer Heimat wieder. In allen unseren Gebeten werden die Zerstörung des Tempels und die Vertreibung aus dem Lande als vorübergehende Erscheinungen aufgefasst.

Und waren wir auch schon mehr als 2000 Jahre aus unserem Lande entfernt, so hat es doch noch kein Jahr gegeben, an dem wir nicht in trotzig-gläubiger Zuversicht gesprochen hätten: „Kommendes Jahr in Jerusalem!" Unser Kalender war so eingerichtet, als sässen wir noch auf unserem Boden. Das jüdische Reich wurde zerstört, die Juden wurden zerstreut. Aber sie sind in der Zerstreuung einig geblieben und haben sich von allen Völkern abgesondert, in unsäglichen Leiden und Opfern in Reinheit erhalten, weil es der jüdische Volkswille so verlangte. Zu diesem Zwecke wurden die Ritualgesetze ausgearbeitet, eine unüberwindliche Wand mit vollem Bewusstsein zwischen Juden und Nichtjuden errichtet: die Gesetzgebung des Moses, ihre Konsolidierung durch Esra und Nehemia, die Mischna und die Gemara, der Rabbinismus und der Chassidismus dienten dem gleichen Zweck — die Einheit des Judentums in der Zerstreuung zu sichern.

Am 9. Aw begann die Zeit der jüdischen Verbannung und mit ihr entstand das Judenproblem. Angefangen von den Tagen der *blutigen Strassenkämpfe* im brennenden Jerusalem bis zu den Tagen des heiligen Streites um den letzten Rest des Tempels, um die Klagemauer. Und es ist eine Ironie, dass gerade heute, da die Klagemauer wieder in unseren Händen ist, der Streit um sie nicht aufgehört hat — zwar kein Streit zwischen Juden und Nichtjuden, aber eine Auseinandersetzung zwischen Orthodoxen, Mässigen, Reformierten und Freidenkern. Jeder will dort sein Süppchen auf eigene Weise kochen, manche bei getrennten Tischen, manche — gemischt.

Als wir in der Gola lebten, versuchte man auf verschiedene Weise das Judenproblem zu lösen: Politisch durch Pogrome, wirtschaftlich durch Boykott, religiös durch Massentaufen. — Die Verfolger schwächten den Volkskörper, die Abtrünnigen die Volksseele. Titus hat die Juden zerstreut. Hitler hat ihren Körper, der Sowjet ihre Seele ermordet. Regierungen haben mehrfach gewechselt, aber was sie nie gewechselt haben, war ihre Stellung zu den Juden. Selbst in den Ländern, wo man *ihnen gleiche Rechte versprach,* fand man Lücken und Hintertürchen, um das wenige, was man versprochen hatte, zu umgehen.

Eine Erfahrung, die durch die ganze Geschichte der jüdischen Verbannung geht, zeigt uns, dass in der Zeit stärkster Not alles treu zu seinem Judentum steht. Die Treue hat sich auch nach der Errichtung des Judenstaates bewährt. — Nach dem Sechsta*gekrieg und dem Jom Kippur*-Krieg fand so mancher Assimilant den Weg zum Judenvolk u. Judenland. Und sogar der Unvermögende spendete sein Scherflein für den Staat seiner Urväter.

Wir haben leider auch eine andere Erfahrung: Löst sich der *Druck so lösen sich auch die* Bande innerhalb der Judenheit, sowohl ausserhalb als auch innerhalb Israels. Es beginnt ein Parteienkampf, ein Kampf um persönliche und kleinliche Interessen.

Eine seltene Fügung des historischen Gesetzes wollte es, dass im Verlauf von so vielen Jahren kein fremdes Volk vermochte, Palästina zu seinem Vaterlande zu machen. Weder die Römer, noch die Byzantiner. Nicht die römische, nicht die griechische Sprache konnte sich im Lande zur Geltung bringen. Juden wohnten im Lande seit dem Jahre 1350 vor der Zeitrechnung bis zum Jahre 63 nach der Zeitrechnung. Arabische Kalifen herrschten hier nur vom Jahre 637 bis zum Jahre 1071. Die arabisch-ägyptischen Ansiedler blieben Fremde im Lande ohne ein heimatliches Gefühl für Palästina. Sie wurden gezwungen, das Land zu verlassen. Ihre Reste blieben Nomaden, weil sie sich als Fremde mit dem Boden nicht verknüpfen konnten. Die Kreuzritter brachten im Jahre 1099 christlichen Einfluss ins Land. Nachdem sie hier mit Feuer und Schwert geherrscht hatten, sind sie im Jahre 1291 spurlos verschwunden. Vom Jahre 1291 bis zum Jahre 1516 herrschten die Mamelucken und sie wurden vertrieben. Vom Jahre 1516 bis zum Jahre 1918 bestand türkische Herrschaft. Trotz ihrer langen Herrschaft in Palästina bürgerten sich ihre Sprache und Kultur nicht ein. Die Türken wurden von den Engländern im Jahre 1918 abgelöst. Sie alle konnten im Wandel der vielen Jahrhunderte dem Land seinen hebräischen Charakter *nicht nehmen.* Es gab keine einheimische Bevölkerung, die ein seelisch-patriotisches Interesse am Lande gehabt hätte. Aus Palästina konnte wieder etwas werden, wenn es von dem Volk, das einzig dort in der Scholle wurzelte und wurzelt, dem jüdischen, bearbeitet würde. Und das geschah, als im *Jahre 1948* das britische Mandat durch die Errichtung des Staates Israel annulliert wurde.

Was bedeutet also für uns heute der Tischa be'Aw? **Kein Trauertag, sondern ein Erbauungstag!**

Die Klagemauer hat aufgehört, eine Ruine zu sein und sie soll der Grundstein des dritten Tempels werden.

TRAUER HAT GRENZEN

Unsere Meister lehren: Als der Tempel zerstört wurde, mehrten sich die Abgesonderten in Israel, die kein Fleisch assen und keinen Wein tranken. Da gesellte sich Rabbi Jehoschua zu ihnen und frug sie: Meine Söhne, warum esst ihr kein Fleisch und trinkt ihr keinen Wein? Sie sagten zu ihm: Sollen wir Fleisch essen, von dem man beständig auf dem Altar geopfert hat — und jetzt hat das aufgehört! Sollen wir Wein trinken, von dem man beständig auf dem Altar geopfert hat — und jetzt hat das aufgehört! Er erwiderte: Dann dürften wir ja auch kein Brot essen, da die Speiseopfer unlängst aufgehört haben. Sie antworteten ihm: Es ist möglich, von Früchten zu leben. Er fuhr fort: Auch Früchte dürften wir nicht essen, da die Erstlingsgaben unlängst aufgehört haben. Sie erwiderten: Es ist möglich, von anderen Früchten zu leben. Er sagte zu ihnen: Auch Wasser dürften wir nicht trinken, da die Wasserspende unlängst aufgehört hat. Da verstummten sie.

Bawa batra 60 b

Perioden der Prüfung Israels

Von HANS-GEORG HEINZ

Heute, am 9. Aw, erinnert sich das Judentum nicht nur an die zweimalige Zerstörung seines Heiligtums, sondern auch an all die Leiden und Prüfungen, die in der Verbannung über Israel kamen. Dieses Gedenken wurde in der Form von Klageliedern („Kinot") in das Gebet aufgenommen. Welche Verfolgungen und Martyrien in diesen elegischen Piutim geschildert werden, ist je *nach den einzelnen Gemeinden* verschieden. Hier sollen nur einige dieser Perioden der Prüfung erwähnt werden.

DER TEMPEL BRENNT

Die Belagerung Jerusalems begann in den Festtagen des Jahres 70, als es in der Stadt von Menschen wimmelte. Hunger und Krankheiten brachen aus. Am 9. Aw stand der Tempel im Flammen. Die Römer behandelten die gefangenen Juden grausam. Sie wurden an schweren Ketten gefesselt durch Rom geführt. Viele starben am Kreuz, andere im Zirkus, der Zelotenführer Schimon bar Giora wurde von einem Felsen heruntergestürzt. Massada hielt sich noch bis zum Jahre 73.

JUDENHASSER JUSTITIAN

Kaiser Justitian, der im Jahre 527 gekrönt wurde, schuf eine Reihe antijüdischer Gesetze. Der Talmud durfte nicht mehr gelehrt werden, das Beten des „Schma Israel" wurde verboten und aus den Prophetenbüchern durften nur jene Stellen gelesen werden, die einen Tadel Israels aussprechen. Das Pessachfest durfte nicht gefeiert werden, *wenn es vor Ostern, also in die* christliche Fastenzeit fiel. Im Laufe des 6. Jahrhunderts wurden zahlreiche Synagogen in Kirchen umgewandelt.

DER ERZBISCHOF HETZT

Als die Frankenkaiser den Juden gewisse Rechte zubilligten, eröffnete *Erzbischof* Agobard von Lyon einen unbarmherzigen Kampf. Er beschuldigte den Kaiser, gegen die Kirche zu wirken. In allen Städten und Dörfern predigte er: „Unwürdig unseres Glaubens ist es, dass auf die Kinder des Lichtes durch ihren Umgang mit den Söhnen der Finsternis ein Schatten falle." Sein Nachfolger Amulo tat es ebenso. Sein Hass wurde verstärkt, als ein katholischer Priester zum Judentum übertrat.

ZUFLUCHT IN SPANIEN

Im Laufe des 12. Jahrhunderts hatte sich das Zentrum des Judentums nach Spanien verlagert. In Sevilla, Granada, Cordoba und vielen anderen Städten entstanden Lehrzentren. Neues Unheil kam über die Juden, als die Almohaden ihre Herrschaft von Nordafrika nach Spanien ausdehnten und die judenfreundlichen Almoraviden verdrängten. Die Almohaden-Kalifen zwangen die Juden, den Islam anzunehmen. Viele flüchteten nach Nordspanien, unter dessen christlichen Königen sie vorübergehend Freiheit genossen.

DIE SCHWERE FINSTERNIS

„Und es brach schwere Finsternis über uns herein", schrieb *Schmuel ben Jehuda im Jahre* 1096. Der Leidensweg des Volkes Israel hatte sich in der Periode der Kreuzzüge weiter erschwert. Nicht nur die Kirche, sondern jetzt auch die weltliche Obrigkeit setzte zum Kampf gegen die Juden an. Mit den „Ungläubigen", die das Heilige Land erobert hatten, waren nicht nur d. Mohammedaner, sondern auch die Juden gemeint. Nicht selten wurden sie beschuldigt, mit den Türken zusammenzuarbeiten, um die Christen zu verfolgen und das Abendland zu vernichten. Im 13. Jahrhundert wurden die Juden zum Tragen einer besonderen Kleidung und eines spitzen Hutes, der sie als „Diener des Satans" brandmarken sollte, verpflichtet.

DIE RITUALMORD-LÜGE

Beschuldigungen aus heidnischer Zeit tauchten wieder auf: Juden töten kleine Kinder und besprengen die Wände ihrer Synagogen mit deren Blut. In der französischen Stadt Blois hiess es, dass ein Christenkind umgebracht worden sei; daraufhin wurden alle Juden in einen Turm gesperrt und dieser angezündet. Im Winter 1181 spielten in Wien Kinder auf dem Eis und brachen ein. „Juden haben die Kinder in ihre Häuser gelockt und geschlachtet", hiess es. Nun starben 300 Juden auf dem Scheiterhaufen. Im Frühjahr fand man die ertrunkenen Kinder im aufgetauten Eis. Eine andere Ritualmord-Lüge entstand in Bacharach am Rhein.

DIE BLUTENDEN HOSTIEN

Im 13. Jahrhundert kam die Behauptung auf, die Juden würden Hostien schänden, aus denen dann Blut fliesst. Hunderte von Juden wurden wegen dieser Anschuldigung getötet. Im Jahre *1265 starben Tausende von* Juden; in Weissenburg würden sie gerädert, in Koblenz gehenkt und in Pforzheim verbrannt. In der Themse-Mündung fuhr im Jahre 1275 ein Kapitän sein Schiff, auf dem sich ausgewiesene Juden befanden, auf eine Sandbank; alle, die auf dem sinkenden *Schiff zurückbleiben* mussten, kamen um.

DIE BRUNNENVERGIFTUNG

Mit dem Ausbruch der Pest im Jahre 1348 begann eine neue Judenverfolgung. Sie wurden angeschuldigt, die Brunnen vergif*tet zu haben,* um so die Christenheit ausrotten zu können. In Wirklichkeit hatten aber die Pestkranken die Brunnen vergiftet, weil man ihnen nichts zu essen gegeben hatte. In Deutschland, Oesterreich und Italien kam es zu vielen Ausschreitungen gegen die Juden. Viele flüchteten nach Polen und Russland.

DIE INQUISITION

Die Inquisition vollendete die Austreibung der Juden aus Spanien, die um die Zeit des 9. Aw im Jahre 1492 verfügt wurde. Eine neue Auswanderung nach Italien, Griechenland und Kleinasien setzte ein. Die Juden in Portugal hatten noch vier Jahre lang Ruhe und mussten dann im Jahre 1496 nach Nordafrika und Südeuropa auswandern. Im Jahre 1521 blühte die jüdische Niederlassung in Zfat auf.

LUTHERS ENTTAEUSCHUNG

Martn Luther glaubte zunächst, die Juden für die Gedanken seiner Reformation gewinnen zu können. Als er aber die Sinlosigkeit seines Vorhabens einsehen musste, hetzte er unaufhörlich gegen sie. „Von den Jüden und ihren Lügen" hiess eine seiner Schriften. Er polterte über „die verdammten Juden, die man totschlagen sollte" und die Rabbiner, denen man zu lehren verbieten müsse. Die katholische Gegenreformation beschuldigte die Juden, die Christenheit gespalten zu haben.

DAS HEIRATSVERBOT

Die Aufklärung beendete die Zeit der Inquisition und der Hexenverbrennungen, setzte sich aber nur langsam durch. Kaiser Karl VI. von Österreich begrenz*te die Zahl der Juden, die in* seiner Monarchie leben dürfen, und verbot die Einwanderung. Er ordnete an, dass bei den Juden nur der älteste Sohn heiraten darf. Tausende, die zur Ehelosigkeit gezwungen wurden, verliessen in den Jahren 1726/1727 Böhmen und Mähren. Im Jahre 1744 kam der Ausweisungsbefehl der Kaiserin Maria Theresia, nachdem die Juden einer Zusammenarbeit mit den Preussen verdächtigt worden waren. Nach dem Wiener Kongress wurden die Juden in Preussen verdächtigt, mit den Franzosen zusammengearbeitet zu haben.

BLUTBAD IN DAMASKUS

Im 19. Jahrhundert tauchte in Damaskus nochmals die mittelalterliche Beschuldigung auf, die Juden hätten Christen geschlachtet. In Syrien und im Libanon begann eine grausame Verfolgung. *Die* türkische Obrigkeit führte Massenhinrichtung[en] durch, während die Christen [un]ter der jüdischen Bevölker[ung] von Damaskus ein Blutbad [an]richteten. Erst nach einer [In]tervention französischer und e[ng]lischer Juden beim Sultan t[rat] wieder Ruhe ein.

DIE POGROME

Im Jahre 1827 hatte Zar [Ni]kolaus I. eine 25jährige Milit[är]pflicht für alle Juden in Ru[ss]land angeordnet, die bereits [im] achten Lebensjahr begann. [Es] kam es zur Ermordung von [Ju]den, die ihre Kinder verste[ckt] hatten. Als im Jahre 1881 [Zar] Alexander ermordet wurde, s[etz]ten die grossen Pogrome ein, [die] unzählige Opfer unter der j[üdi]schen Bevölkerung forderten. [Ei]ne Fluchtwelle nach übers[eei]schen Ländern war die Folg[e].

SECHS MILLIONEN TO[TE]

Drei Viertel der europäisc[hen] Judenheit sind in der grossen [Ka]tastrophe der Nazizeit u[m]kommen. Es ist dies ohne Z[wei]fel die grösste Heimsuchung, [die] je über Israel kam — sechs [Mil]lionen Opfer. Das ganze Ju[den]tum war in diesen finsteren [Jah]ren dem Untergang geweiht [...] rettete sich in jene Länder, [die] vom Weltkrieg verschont blie[ben] und konnte mit dem Aufbau [des] nes Staates Israel beginnen.

NOCH KEIN FRIEDE

Mit der Rückkehr des [jüdi]schen Volkes in sein Heimat[land] ist die Periode der Verfolgu[ng] und des Antisemitismus [noch] nicht zu ihrem Ende gekom[men]. Noch immer muss Israel har[t um] sein Lebensrecht und um [den] ersehnten Frieden kämpfen. [...] die Westmauer seines Tempe[ls ist] ihm wieder zugänglich. Mit [der] Zerstörung dieses Heiligtum[s am] 9. Aw begann die grosse [Ver]bannung des Judentums u[nd mit] der Rückkehr an diesen hei[ligen] Platz sieht Israel das Sy[mbol] seiner Wiedergeburt.

Beate Klarsfeld will fuer Israel werben

„Ich betrachte es als meine Aufgabe, die Sympathien der Welt für Israel zu stärken", erklärte **Beate Klarsfeld** in Tel-Aviv. *Sie bedauerte zugleich,* dass sie in ihrem Kampf um die Strafverfolgung der Naziverbrecher nicht mehr Unterstützung von Israel gefunden hatte. Das Auslieferungsabkommen mit Frankreich muss durchgesetzt werden, fügte sie hinzu. Die Nachricht vom Rücktritt des FDP-Bundestagsabgeordneten Achenbach habe sie „mit n[...]ger Befriedigung" aufgenom[men] und nur als den gerechten [...] betrachtet.

Touristikminister Mosche [...] hatte in einem Brief an den [Bun]despräsidenten Walter Schee[l ge]fordert, Dr. Ernst Achenbach [aus] der FDP auszuschliessen. D[er] muss als aktiver Nazi und mitverantwortlich an der [Liqui]dierung von Juden in Tod[eslä]ger gelten.

aus Israels PRESSE

FUER ALLE MOEGLICHKEITEN GERUESTET

Haarez weist auf die Worte des Ministerpräsidenten hin, der zum Ausdruck gebracht hatte, wir würden alles nur erdenkliche tun, um den Frieden zu erreichen, wir müssten jedoch in jedem Augenblick für einen neuen Krieg gerüstet sein. Die Zeitung teilt diese Auffassung Rabins durchaus, meint jedoch, dass von einer wirklichen Vorbereitung solcher Möglichkeiten gar keine Rede sein kann. Wir leben nach wie vor so, als ob nichts geschehen sei und auch heute nichts geschehe. Darin liegt *eine Gefahr, die wir dringend* überwinden müssen.

UNGESETZLICHE BESIEDLUNG

Al Hamischmar erinnert daran, dass schon in alten Zeiten das Gebiet des Schomron als wild beschrieben wurde und das scheint sich auch heute wieder zu bestätigen, da wir Zeugen einer völlig ungesetzlichen Besiedlung bei Sebastia werden. Die Zeitung verlangt von den Behörden schärfstens gegen die „Siedler" vorzugehen, da es völlig untragbar ist, wenn Bürger das Recht in eigene Hände nehmen und sich über die Gesetze hinwegsetzen. Diese Menschen verstossen gegen den Staat, gegen unsere Demokratie. Natürlich hätten wir schon vorher dafür sorgen müssen, dass sie erst gar nicht so weit gelangen, überhaupt in Sebastia anwesend sein zu können.

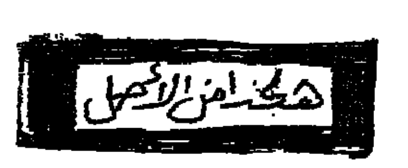
Dawar meint ebenfalls, es könne nicht geduldet werden, dass der Rechtsstaat gebrochen wird, indem ein jeder sich dort ansiedelt, wo es ihm passt. Nur durch eine gelenkte Siedlungspolitik, die mit Bestätigung der dafür zuständigen Stellen durchgeführt wird, kann garantiert *sein,* dass alle Gesichtspunkte, die dabei eine Rolle spielen können, in Betracht gezogen werden. Es ist unbedingt notwendig, diese Gesetzesübertreter vor Gericht zu bringen, auch jene Abgeordneten, die es für richtig halten, hier mitzumachen, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Jedenfalls ist es unsere Pflicht dafür Sorge zu tragen, dass nicht Gruppen von Bürgern, ohne die Behörde auch nur zu beachten, tun, was sie selbst für richtig halten.

ALLONS REISE IN DIE USA

Omer gibt der Hoffnung Ausdruck, dass es Aussenminister Jigal Allon gelingen werde, in den Vereinigten Staaten alle Standpunkte Israels mit dem notwendigen Nachdruck zu vertreten. Er muss den Amerikanern zeigen, dass wir friedensbereit sind, aber dennoch nicht einfach einseitige Verzichte leisten können. Es wird an ihm sein, dafür Sorge zu ragen, dass die Standpunkte Israels und der USA nicht allzuweit voneinander entfernt sind. Wenn Allon ausserdem noch einmal die Probleme der Juden in Syrien und der Judenheit in der Sowjetunion anschneiden kann, wird das für einen weiteren Schritt zur Lösung eben dieser Fragen nur von Vorteil sein können.

Hazofe befürchtet, dass Allons Reise nach Washington nur negative Folge zeitigen kann, da die „Taubenregierung" Rabins ja ganz einfach nicht entschlussfähig ist. Sie hat nicht die notwendige Mehrheit dazu in der Knesset. Wenn man davon abhängig ist, dass linke Gruppen, mit denen man eigentlich gar nichts zu tun hat, einen stützen, muss man natürlich auch nach dieser Seite hin Verbeugungen machen und das ist es natürlich, was geschieht. So muss leider angenommen werden, dass diese Regierung Verzichten zustimmen wird, die in jeder Hinsicht als vollkommen negativ bezeichnet werden müssen, meint das Blatt. Dagegen sollten wir uns *alle mit dem dafür* notwendigen Nachdruck wehren, da es sonst zu Gefahren kommen kann, deren Tragweite heute noch gar nicht in der richtigen Weise einzuschätzen ist.





ings um die Knesset:

egierung Rabin nimmt neue Hürde

Von SEEV TRONIK

r Beschluss der Arbeitspar- ie Frage der Wiederaufnah- er Nationalreligiösen Partei e Regierung vorläufig auf n legen, hat im religiösen eine Welle der Empörung löst. Sowohl der extreme l der „Jungen Garde" als die gemässigteren Elemen- e vor wenigen Tagen noch rei traditionellen NRP-Mi- posten in Reichweite wähn- ählten sich betrogen.

erster reagierte der aggres- für seine spitze Zunge be- Juda Ben Meir. In einer ung vor Journalisten sag- der Rabin-Regierung, die defätistisch bezeichnete ls eine öffentliche Gefahr ite einen kompromisslosen f an. Es sei die Aufgabe stärkten Opposition diese ung schnellstens aus der n schaffen. In einem etwas ïgteren Ton, aber mit der- Entschlossenheit kündigte Zeit einflussreichste Par- n-Mann **Jitzchak Raphael** h an, dass die NRP nun- als „entschlossene und Oppositionspartei" auftre- de.

Dienstag trat die neue, ässig um die zehn em- und verbitterten NRP-Ab- ten gestärkte Opposition Haus und die israelische ichkeit. Zwei Tage vor- e der Likud beschlossen, edlungen in allen Teilen ides zu gründen. Damit in Akzent im neuen gegen das herrschende gesetzt werden, damit or allen Dingen die Op der israelischen Oef- eit bekanntgeben, dass a ausserhalb des Parla- Vege für die Aktion ge- Regierung offen stehen. während Likud und NRP n wuchtigen Schlag ge- Regierung ausholten, er- eich einiges, das dazu war, dem mit neuen gen ausgestatteten Oppo- ot den Wind aus den nehmen. Meinungsum- atten ergeben, dass die je Meinung der Rabin- g wachsendes Vertrau- ft, und der Führer der en Front, Menachem hatte einen privaten Ge- ag eingebracht, der der it ins politische Konzept

m Porusch vorgeschla- setz sieht die Auflö- Oberrabbinats und des- ahl innerhalb von vier vor. In der Begrün- Gesetzesantrags heisst das jetzt im Amt be- Oberrabbinat gewählt d wir Zeugen des fort- n Niedergangs seiner und des Prestiges, das k geniessen sollte. Das nat weigert sich, be- und geschätzten Rabbi- e Schriftgelehrten, die grosses Wissen verfü- Befugnis zu erteilen, in n als Rabbiner zu fun- as Oberrabbinat beugt eser Sache dem Willen abbiners Schlomo Go- rerseits hat es andere ualifizierte Kandidaten, iner Prüfung zu unter- ls Rabbiner bestätigt. ner Zeit besteht ein Konflikt zwischen den berrabbinern und seit chen nehmen Oberrab- ph und einige andere nicht an den Sitzun- ynode des Oberrabbi- Dies alles hat eine un- Situation geschaffen, Neuwahlen der einzige nd.

esetzesantrag Poruschs sdruck eines schweren innerhalb des religiö- s. Dieser Konflikt, die se im Oberrabbinat Verhalten der NRP im um eine Erweiterung rungskoalition, all das osition der zur Oppo- rgetretenen National- Partei nicht gestärkt. mit grossem nationalen ngekündigte Beschluss . neue Siedlungen in ionen des Landes (ge-

meint sind natürlich die besetzten Gebiete) zu etablieren, wird wohl den Rahmen einiger mehr symbolischer Neugründungen, nach dem Modell des gescheiterten Ansiedlungsversuchs in der Nähe von Nablus, nicht überschreiten.

Nach all diesen Entwicklungen war man auf das erste Auftreten der NRP als „aktive und entschlossene" Oppositionspartei gespannt. Dies geschah, wie gesagt, in der Dienstag-Sitzung in Form eines dringenden Antrags zur Tagesordnung von Dr. Jitzchak Raphael über den von der Regierung eingeschlagenen Weg in der Palästina-Frage. Bekanntlich hatte sich vor wenigen Tagen die Regierung bereit erklärt, mit Jordanien, zum Zweck einer Lösung des sogenannten Palästina-Problems, Verhandlungen aufzunehmen. In diesem Regierungsbeschluss wird betont, dass die Gründung eines autonomen palästinensischen Staates zwischen Israel und Jordanien nicht in Frage kommt.

Darüber hatten, neben Raphael, auch noch Schmuel Tamir (Likud), Nissim Eliad (UL) und der Maarach-Abgeordnete Mordechai Ben Porat (der sich in letzter Minute durch Mosche Dayan ersetzen liess) Anträge eingebracht. Die Antragsbegründung Raphaels überraschte allgemein durch den gemässigten Ton und die äusserst vorsichtige Argumentation. An keiner Stelle seiner Rede liess er sich zu Bemerkungen verleiten, die die Grenzen einer kühlen Sachlichkeit überschritten. Ja, der NRP-Führer befleissigte sich sogar in seinen Ausführungen einer kritischen Objektivität und begnügte sich damit zu unterstreichen, dass seine Partei aus national-religiösen Motiven und aus Sicherheitsgründen gegen Abtretung des Westufer-Gebietes, an welchen Staat auch immer, sei. Viel schärfer in Ton und Inhalt waren die Ausführungen des Likud-Abgeordneten Schmuel Tamir zum gleichen Thema.

Abschliessend kann gesagt werden, dass der Übergang der NRP zur Opposition fast schmerzlos für die Rabin-Regierung verlief. Man wusste, dass die zehn zusätzlichen Oppositionsstimmen d. NRP die Regierung nicht gefährden konnte, aber man erwartete allgemein, dass die Kampfansage der zu einer imposanten Stärke angewachsenen Opposition einen Stimmungswechsel, vielleicht sogar einen psychologischen Schock im Parlament verursachen würde. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass letzten Dienstag weder das eine, noch das andere erfolgte.

Die Ursache dieses neuen eklatanten Misserfolgs der Rechtsopposition ist wohl darin zu suchen, dass der Likud heute uneiniger und geteilter dasteht denn je. Hinter all den Initiativen und Kritiken der grössten Oppositionspartei steht kein starker Wille und keine feste, ideologisch fundierte Überzeugung. Dasselbe lässt sich vom neuen Likud-Partner in der Opposition, der National-Religiösen Partei, sagen. Das Rabin-Kabinett hingegen erfreut sich nicht nur einer wachsenden Popularität im Volk, es ist auch homogener und viel entschlusskräftiger als anfänglich angenommen worden war.

Ein Wort noch zur Stellungnahme Dayans zur Palästina-Frage. Durch seinen plötzlichen Entschluss, sich zu diesem Fragenkomplex zu äussern, verfolgte Dayan offenbar zwei Ziele: Zum ersten wollte er vor dem Volke, in einer lebenswichtigen Frage, als der selbstsichere, über eine einmalige Erfahrung verfügende Sicherheitsfachmann auftreten. Seine Rede war beratend und belehrend und nahm manchmal die Form eines wissenschaftlichen Referats über strategische Fragen an. Zum zweiten wollte Dayan allen zu verstehen geben, dass er seine politische Rolle keineswegs für ausgespielt hält. Die in der ausländischen Presse geäusserte Vermutung, dass Dayan im Hintergrund der politischen Szene auf den günstigen Moment zu einem Comeback wartet, scheint nicht völlig aus der Luft gegriffen zu sein.

Paradoxien in Israel 1974 (II):

Grosse Geldwünsche und wenig Leistungen

Von I.P. PALMON

Der amerikanische Finanzminister Simon war bei seinem Besuch sehr nett und wollte gern auf Israels Geldwünsche eingehen, aber die israelischen Beamten und Journalisten mussten sich von den amerikanischen Presseleuten, die Simon begleiteten, unangenehme Fragen gefallen lassen: „Warum ist die Produktionsleistung eines Arbeiters in Amerika doppelt so hoch wie die eines Arbeiters in Israel? Warum bleibt Ihr auch weit hinter europäischen Staaten zurück, warum muss der Präsident Eures Produktivitäts-Instituts mitteilen, dass d. Leistung nicht steigt, sondern dass ihr Euch relativ im Rückgang befindet? Wäre es nicht angebracht, dass „Ihr die Aermel hochkrempelt", bevor Ihr soviel Geld von anderen verlangt".

Das israelische Fernsehen hat versucht die quälende Frage des Mangels an Leistung durch eine ganze Reihe von Beispielen zu illustrieren, aber es ist mit seiner Darstellung den Dingen nicht ganz gerecht geworden, und kam vor allem zu keinerlei Schlussforderungen.

Zitieren wir Feststellungen aus eigenen Umfragen.

Ein Fabrikant sagte uns: „Meine Arbeiter arbeiten nach Normen und Leistungslohn, aber wir können nie ein Höchstmass erreichen, weil immer wichtige Leute zum Reservedienst eingezogen sind. Wenn zwei Arbeiter eingerückt sind, können wir uns noch behelfen. Aber wenn zwei Ingenieure fehlen, dann wirkt sich das auf die Leistung von 20 Arbeitern aus. Wichtige Pläne werden zurückgestellt, es fehlt an Aufsicht und Druck, und für dieses Problem habe ich noch keine Lösung gefunden."

Wir hielten dem Mitglied eines Betriebsrates die Aeusserung des Arbeiters aus der Fernsehaufnahme entgegen, der versichert hatte, die hohen Steuern nähmen ihm jede Arbeitslust. Der Betriebsrat: „Das ist nur begrenzt richtig. Würde der Mann nach dem System registrierter Ueberstunden arbeiten, so würde er auf diese weit verringerte Steuern zahlen. Wie Sie wissen, bleiben auch bei der Zwangsanleihe die Ueberstunden ausser Ansatz."

Ein Betriebsinhaber gab zwei andere Erklärungen: „Wenn es sehr heiss ist, fehlen immer einige Leute, die plötzlich krank sind. Ausserdem sind die Dinge bei älteren und jungen Arbeitskräften verschieden. Am schlimmsten ist es bei jungen Mädchen, die ausbleiben und am nächsten Tage mitteilen, sie hätten ... keine Kraft gehabt. Auch wenn ich entlassen könnte und wollte, werde ich mir das sehr überlegen, denn Ersatz ist schwer zu bekommen."

Ein Ingenieur berichtete: „Unser Betrieb könnte erheblich mehr leisten, wenn ich Umbesetzungen vornehmen könnte, aber ich stosse immer auf den Widerstand der Arbeiter und des Betriebsrates. Weder die Histadrut noch das Arbeitsministerium haben mir helfen können, und so bleiben wir — gegen mein Gewissen — um wenigstens 30% hinter der Leistung zurück.

Die Histadrut ist der Meinung, dass das Zurückbleiben der Produktivität mit der Ungleichheit in den sozialen Bedingungen zusammenhängt. Im Büro sitzt man bequem bei Air-condition und muss sich die Hände nicht schmutzig machen, dafür bekommt man noch bessere soziale Bedingungen als der Arbeiter, der sich schwer im Betrieb abrackert. Jetzt soll im Laufe einiger Jahre eine grosse Wandlung in dem Verhältnis Produktionsarbeiter zu Büroangestellte durchgeführt werden. Die sozialen Bedingungen sollen wesentlich zum Vorteil der Betriebsarbeiter verändert werden, dann wird eine andere Atmosphäre in die Fabriken einziehen, und die Produktivität wird steigen.

Wir sprachen schliesslich mit einem „Team", das aus einem Ingenieur und einem Nationalökonomen besteht, die konkrete Vorschläge zur Besserung der Situation unterbreiteten:

★ 1. **Die Regierung** muss der Bevölkerung dauernd einhämmern, dass sie zum grossen Teil nicht von Papierpfunden, sondern von geschenkten amerikanischen Dollars lebt. Sie soll ihr das Entwürdigende dieser Situation vor Augen halten und zu vergrösserten Anstrengungen aufrufen, damit Israel sich möglichst von der wirtschaftlichen Abhängigkeit frei macht.

★ 2. **Wir sind nach sorgfältiger Prüfung** für die möglichst weitgehende Einführung der Fünftagewoche. Am kurzen Freitag wird kaum gearbeitet. Umfragen unter Arbeitern ergaben, dass sie gern fünf Tage weit intensiver arbeiten würden, wenn sie den sechsten Tag frei haben würden.

★ 3. **Die Dienststunden** vieler Amtsstellen müssen geändert werden. Büros der Steuer, des Bituach Leumi und die Stellen der Krankenkasse müssen auch nachmittags offen sein, damit Arbeiter nicht während der Arbeitszeit zu diesen Stellen laufen müssen. Dieses Problem wird auch durch die Einführung der Fünftagewoche zu einem grossen Teil gelöst werden können.

★ 4. **Fernbleiben** aus dem Betriebe f. einen Tag — ohne ärztlichem Attest — soll Abzug des Lohnes für einen Tag zur Folge haben.

★ 5. **Arbeiter, die keinen Tag im Jahr fehlen** und nicht krank sind, sollen bei der Bemessung der Einkommensteuer eine besondere Gutschrift (Sikui) erhalten.

★ 6. **Alle Bemühungen** um Steigerung der Leistung, um Einführung und Veränderung von Normen sollen **nicht mehr Sache gemeinsamer Produktionsausschüsse** im Betrieb sein, die sich nicht bewährt haben. Vielmehr soll ein Landes-Produktivitätsrat geschaffen werden, der aus unabhängigen Sachverständigen besteht. Dieser soll das Recht haben, von sich aus an Betriebe mit Vorschlägen heranzutreten. Nach sorgfältiger Prüfung und Verhandlung mit Leitung und Arbeitern soll das Ergebnis durch staatliche Verordnung festgelegt werden. Ein besonderes Gesetz sollen dem Rat und dem Arbeitsministerium die notwendigen Vollmachten verleihen, um das Leistungsregime einzuführen.

Einer der Direktoren des Hafens Haifa sagte uns, nachdem er die Grundsätze der beiden Fachleute kennengelernt hatte: „Im allgemeinen bin ich einverstanden, wenn mir auch bei der Wirklichkeit unseres Landes der Glaube fehlt. Aber dann könnten wir den Paradoxien ein Ende machen, die wir in den Häfen erlebten. Wir hatten neue Kräne besorgt, um Container zu heben und wollten rationalisieren. Sie wissen ganz gut, wie lange wir brauchten, um den Widerstand der Arbeiter zu überwinden, die sich hartnäckig gegen alle Rationalisierungsbemühungen wandten und durch zusätzliche Forderungen die zu erwartende Ersparnis nehmen wollten."

Freie Tribüne

DEUTSCHE SPRACHE IN ISRAEL

Zum Artikel „Israel — der Israeli und die deutsche Sprache" von M. Biel in der Freitagnummer vom 5.7.74 möchte ich noch folgendes bemerken:

Ich habe vor einiger Zeit einen Bericht über den Export von deutschen Büchern aus der Bundesrepublik gelesen und war erstaunt über die Zahl und den Wert der nach Israel ausgeführten Bücher und Zeitschriften. Israel rangierte vor vielen europäischen Ländern. Dies bestätigt nur den Hinweis von Herrn Biel auf den beträchtlichen Anteil von deutschen Büchern und Zeitschriften am Gesamtumsatz unserer Buchhandlungen.

Bei diesem Anlass möchte ich einigen Erwägungen grundsätzlicher Natur Ausdruck geben, in bezug auf die Verbreitung sowohl der deutschen Sprache als auch der anderen europäischen Sprachen im Lande.

Ich glaube, es ist die Zeit gekommen, dass dieses kulturelle Erbe der Einwanderer aus den verschiedensten Ländern nicht verschleudert und den Kindern von ihren Eltern in zartem Kindesalter übermittelt wird, denn das Hebräische wird von den Kindern in der Schule und auf der Strasse mit Leichtigkeit erlernt werden. Es ist nicht mehr die Zeit der dreissiger und vierziger Jahre, als man für die Existenz und Verbreitung des Hebräischen kämpfen musste, sein Bestand ist gesichert. Wir müssen zusehen, dass wir in Zukunft unsere kulturellen Verbindungen nicht verlieren und zu einer levantinischen Provinz herabsinken. Das Beibringen einer Fremdsprache im Kindesalter von seiten der Eltern, die diese Sprache als Muttersprache mitgebracht haben, ist sicherlich nicht schwer und viel, viel leichter als ihr Erwerb im Jünglingsalter.

Es ist banal darauf hinzuweisen, dass die Kenntnis einer Fremdsprache besonders in unserem Falle dem einzelnen und dem Lande von grossem Nutzen ist.

Dr. K. Fröhlich
Rehovot

Auch in Italien läuft der Tourismus diesmal langsam an

Die Gaeste sollen den Staatshaushalt retten

„Immerhin habt ihr doch diese schöne Sonne!" Der kürzlich bei der Landung in Ciampino von Henry Kissinger spontan formulierte Satz, ein bisschen tröstlich und ein bisschen zynisch klingend, traf genauer ins Schwarze, als dem stets schlagfertigen und zu Spässen aufgelegten Aussenminister bewusst sein mochte. Seine italienischen Gesprächspartner, die kaum recht wissen, wie sie aus dem wirtschaftlichen Abgrund herauskommen sollen und ob es ihnen mit Hilfe einer ebenso rabiaten wie improvisierten Geldabschöpfungsaktion gelingt, noch rechtzeitig die katastrophale Aussenhandelsbilanz und die dementsprechend horrende Auslandsverschuldung einzudämmen, lachten freundlich mit — in der Hoffnung, dass der Gast auch *noch etwas handfestere Tröstungen* in der Tasche habe.

Für den Gegenwert von 700 Milliarden Lire (oder fast drei Milliarden Mark) haben 1973 die Ausländer allein in den vier Sommermonaten von Juni bis September Devisen nach Italien gebracht; im ganzen Jahr waren es knapp fünf Milliarden Mark. Wenn der in der Vergangenheit *kontinuierliche Anstieg* auch heuer anhielte und die Italiener ihrerseits nichts mehr soviel Geld wie bisher ins Ausland tragen, könnte auch dieser Sommer einen Aktivsaldo bis zu 700 Milliarden Lire (drei Milliarden Markt) aufweisen — und dadurch vielleicht sogar vier Monate lang die Aussenhandelsbilanz ins Gleichgewicht bringen und die Verschuldungsentwicklung bis in d. Herbst hinein stoppen. Dann — so die Quintessenz der optimistischen Prognose — bestünde wieder Hoffnung für Italien.

Die ersten Anzeichen sind indes widersprüchlich. Einerseits steigt der Lira-Wert gegenüber festen Valuten wie Mark, Franken oder Gulden. Machen sich also bereits die Tourismus-Einnahmen bemerkbar? Der Effekt, meinen Fachleute, könnte noch grösser sein, wären da nicht soviele Geschäftemacher unterwegs, die den Ausländern das harte Geld zu deutlich besserem als dem amtlichen Wechselkurs abzuhandeln versuchen.

Auf der anderen Seite zeigt die Ausländerinvasion nach Italien heuer erstmals keine Tendenz zu weiterem Zuwachs; bereits das Ausbleiben einer Steigerung wäre aber ein schwerer Rückschlag. Ausnahmen mögen die Regel bestätigen, aber das Fremdenverkehrgewerbe klagt insgesamt über „eine enttäuschende Vorsaison". Roms Hotelierverband bietet Zahlen: in den ersten fünf Monaten des Jahres seien 26.000 Fremde weniger eingetroffen, habe man 95.000 Uebernachtungen weniger verbucht als im Vorjahr, folglich rund zehn Millionen Mark verloren. Pessimismus macht sich breit, da bereits 1973 — vor allem wegen des Cholera-Alarms im Herbst — kein gutes Jahr gewesen sei.

Ähnlich ist die Lage an der Adria, wo die Massenstrände nicht mehr wie Sardinenbüchsen belegt sind. Auf 20 bis 30 Prozent wird vorläufig der Rückgang beziffert. Insgesamt sollen im ersten Halbjahr 1974 nach den ersten, inoffiziellen Zahlen rund 28 Prozent weniger Deutsche zu einer Italientour aufgebrochen sein. Warum bloss, fragen sich die enttäuschten Hoteliers, bleiben die Ausländer fort? Schnell werden „negative Ursachen", „Schuldige" gefunden. Das Wort vom „kritischten Sommer" seit Kriegsende geht um, in dem sich eine ganze Reihe von misslichen Faktoren akkumuliert habe: die weltweit verbreiteten Schwierigkeiten, die überall zu sparsamerem Wirtschaften zwingen; die Fussball-Weltmeisterschaft, die das Juni-Reisepublikum abgelenkt habe; das für italienische Verhältnisse kühle Wetter in der Vorsaison, vor dem besonders die Inlandskundschaft zurückgeschreckt sei; der späte Ferienbeginn in Nordrhein-Westfalen, von dem man an der Adriaküste zwischen Po-Mündung und Cattolica (700.000 Betten in Hotel und Pensionen) nun im Juli und August einen spürbaren Auftrieb erwartet; das Chaos der italienischen Post, die viele schriftliche Vorbestellungen verbummelte oder in die Papiermühlen lieferte; die übertriebene Furcht der Ausländer vor improvisierten Streiks, die viel zu viel Echo in der Auslandspresse fänden und damit neue Kunden irritierten, die nicht wissen, dass sich „hierzulande alles arrangieren lässt", nicht zuletzt die Verzögerung bei der Ausgabe neuer Benzinscheine.

NOCH EINMAL „SAUBERES ROM"

Die „Selbstkritik" der italienischen Fremdenverkehrsunternehmer konzentriert sich mit Vorliebe auf die öffentlichen Dienste und überhaupt die allgemeine Schlamperei, die das Land bedenklich in Verruf bringe. Sei es nun, dass die Museen (angeblich mangels Personal) den Zugang beschränken oder ganz schliessen müssen; sei es, dass die Unordnung, Unsauberkeit, der Lärm oder das Verkehrschaos (was besonders für Rom zutreffe) dem Touristen allmählich lästig werden und ihm statt eines „Arrivederci" landesübliche Flüche abnötigen.

In der Ewigen Stadt (1973 wurden zwei Millionen Uebernachtungen registriert) wurde, um dem abzuhelfen, soeben eine zweite Grossaktion „Sauberes Rom" gestartet. Die Aktion von 1971 war ein glatter Fehlschlag und hat höchstens Plakatherstellern etwas eingebracht. Diesmal soll die Werbetrommel 18 Monate lang, bis zum *Ende des Heiligen Jahres 1975* nicht mehr stillstehen. Es fragt sich nur, ob die Römer sich erziehen lassen und mitmachen; die städtischen Müllfahrer und Strassenkehrer allein würden es nämlich, wie der Bürgermeister offen zugibt, gewiss nicht schaffen. Sie bringen es nicht einmal fertig, das öffentliche Grün zu schützen, wie jeder Besucher des Internationalen Campingplatzes Monte

(Fortsetzung auf S. 7)

Glafkos Clerides: Ein Mann für jede Kri[...]

Der Name Glafkos Clerides ist ebenso wie der von Erzbischof Makarios wenn auch nicht so spektakulär, eng *mit der jüngeren* Geschichte Zyperns verbunden. Immer wenn die Insel von schweren Krisen geschüttelt wurde, tauchte auch der Name Clerides auf; ein Mann, der den Respekt der Zypern-Griechen und später auch der türkischen Minorität erwarb. Jetzt, nach dem blutigen Putsch, der Invasion der türkischen Streitkräfte und dem geplanten Waffenstillstand, gilt Clerides als möglicher neuer Präsident der Inselrepublik.

GLAFKOS CLERIDES
Statthalter oder Machthaber?

Glafkos John Clerides wurde *am 24. April 1919 auf Zypern* als Sohn des Rechtsanwalts Sir John Clerides geboren. Er besuchte das Panzyprische Gymnasium in Nicosia und studierte nach dem Zweiten Weltkrieg *Rechtswissenschaften. 1951* wurde er in London als Anwalt zugelassen. Im Zweiten Weltkrieg hatte er sich freiwillig zur Royal Air Force gemeldet und wurde 1942 in der Nähe von Hamburg abgeschossen. Die Zeit bis Kriegsende verbrachte er in deutscher Gefangenschaft.

In den fünfziger Jahren begann sich dann langsam die Karriere des *griechischstämmigen* Zyprioten abzuzeichnen. Zwischen 1951 und 1959 verteidigte er als Anwalt die gegen die britische Kolonialherrschaft kämpfenden „Eoka"-Rebellen vor britischen Sondergerichten. Unter dem Decknamen „Yperides" organisierte er im Auftrag des „Eoka"-Chefs Grivas die sogenannte Zivilgarde.

SYMPATHIEN BEI GEMAESSIGTEN

1959 nahm Clerides an der Londoner Zypern-Konferenz teil und war danach Chef der Dele*gation griechischer Zyprer* in der zyprischen Verfassungskommission. In der Uebergangsperiode nach der Züricher Einigung erhielt er 1959 das Amt des Justizministers. Damals galt Clerides als enger Gefolgsmann Makarios'. Nach der Unabhängigkeit Zyperns am 16. Aug. 1960 wurde er als Abgeordneter der Griechen in Nicosia ins Parlament gewählt, das ihn am gleichen Tag zu seinem Präsidenten wählte. Nach der Verfassung der Republik Zypern vert[...] Vorsitzende des Repräsen[...] hauses den Präsidenten b[...] sen Abwesenheit und steh[...] Kabinett vor. 1964 leitete [...] des die Delegation bei d[...] gebnislosen Londoner C[...] chen zur Regelung der [...] fragen und beriet Ausse[...] te Cyprianou im März 1[...] den Verhandlungen vor d[...] cherheitsrat der Vereinten [...] tionen.

In den letzten Jahren w[...] rides Vertreter der griec[...] Volksgruppe bei den V[...] lungen mit der von Rauf [...] tasch geleiteten türkischen [...] gation über die künftige [...] sungsmässige Gestaltung [...] selrepublik. Anders als P[...] Makarios hat Clerides [...] quent die Unabhängigkeit [...] sel vertreten und der An[...] bewegung an Griec[...] („Enosis") eine Absage [...] was ihm grosse Sympath[...] gemässigten Zyprer ein[...] Anfang 1969 gründete [...] rechtsstehende Vereinigte [...] kratische Partei, die 1970 [...] 35 Mandaten im Parlam[...] winnen konnte. Am 5 J[...] wurde Clerides abermals [...] d. 35 griechisch-zyprische[...] men zum Parlamentsprä[...] gewählt. Clerdes ist [...] zahlreicher in- und auslä[...] Auszeichnungen, darunte[...] von Papst Johannes XX[...] spricht Griechisch und [...] gezeichnetes *Englisch*. [...] ist verheiratet und hat [...] Tochter.

Spionage weiterhi[...]



ARGENTI[...]



109.

„Danke für die Schecks, mein Freund. Auf dem Kongress?" Noras Stimme hob sich zweifelnd. „Das *weiss ich nicht. Sein Betrieb hat zwar Verbindungen* in die ganze Welt, aber er ist nicht einer von den wirklich grossen, wissen Sie. Ihnen war der Name auch unbekannt, nicht wahr?"

„Ja. Madame, kann ich . . . darf ich . . ."

„Was denn?"

„Ich müsste telefonieren, aber . . ."

„Aber Sie haben Angst, Ihr Gespräch könnte abgehört werden, wie?"

„Nora! Nora!" sagte Santarin entzückt. Er blies noch ein Präservativ auf, mit dem Text CHERIE, JE T'AIME. Der Russe lachte. „Schauen Sie, Mercier! Ob die das in allen Sprachen haben? Was für ein Haus!" Er starrte in das Schachtel-Märchenbuch. „Wo sind wohl die für sowjetische Gäste? Ah, da hätten wir schon eines!"

„Natürlich habe ich Angst", erwiderte Manuels Stimme dazwischen. „Warum eigentlich? Es kann sich bestimmt jeder denken, wenn ich anrufen will!"

In ihrem grossen Wohnzimmer streckte Nora Hill den zierlichen Körper auf den bequemen Sessel.

„*Ihren Hofrat, natürlich.*"

„Ja. Also könnte ich doch eigentlich ruhig . . ."

„Ruhig. Da steht der Apparat. 34 55 11."

„Was ist das?"

„Die Nummer des Sicherheitsbüros. Oder wollten Sie ihn schon zu Hause anrufen? Es ist noch nicht einmal halb elf."

„Sie haben recht."

Eine halbe Minute später erklang Grolls Stimme aus dem Hörer: „Guten Abend, Manuel. Sie wollen mich sprechen?"

„Dringend, Herr Hofrat. Kennen Sie einen gewissen Thomas Meerswald?"

„Gewiss. Wie kommen Sie auf den?"

„Und einen gewissen Vasiliu Penkovic?"

„Diesen Dreckskerl, freilich! Sagen Sie, Manuel..."

„Was wissen Sie über die beiden?"

„Nicht am Telefon. Wo sind Sie überhaupt?"

„Bei Frau Hill."

Nach einer kurzen Stille der Verbluffung lachte Groll.

Herr Hofrat! Ich habe noch eine Entdeckung gemacht! Wann können wir uns sehen?" fragte Manuel. Die sechs Fotos lagen vor ihm auf dem Rauchtischchen. Das Telefon stand daneben. „Ich komme sofort zu Ihnen. Ich . . ."

„Das geht nicht. Wir haben seit heute früh einen Liebespaar-Mörder im Verhör. Ich kann noch nicht weg. Aber bis zwölf bricht der garantiert zusammen. Wenn es wirklich so dringend ist . . ."

„Das ist es!"

„. . . dann kommen Sie nach Mitternacht in meine Wohnung. Porzellangasse, Nummer . . ."

„Ich weiss, ich komme. Und ich danke Ihnen, Herr Hofrat."

„Aber rufen Sie vorher aus einer Zelle an. Ich muss die Haustür für Sie aufsperren."

„Ich rufe noch einmal an." Manuel legte auf und nahm seine Brieftasche, um die sechs Fotografien hineinzulegen. Dabei glitt der gefaltete Bogen, den er in Valerie Steinfelds Schatulle gefunden hatte, auf das Tischchen. Er griff schnell danach, doch Nora war schneller.

„Was ist denn das für ein altes Papier?"

„Geben Sie es sofort zurück!"

Nora öffnete den Bogen halb und las laut: „Pasteur 1870. Seidenraupenseuche . . ."

In dem Kleinmädchenzimmer fuhr Santarin aus dem Bett hoch.

„Da! Ich habe Nora gesagt, sie sollte auf alles achten, was Aranda bei sich trägt!"

„Bitte, Madame, geben Sie es mir zurück!" klang Manuels Stimme, laut und heftig. Danach ertönten Schritte.

„Au! Was haben Sie denn? Ich gebe es Ihnen ja schon. Sie waren sehr grob zu mir . . ."

„Entschuldigen Sie. Es tut mir leid."

Wieder erklangen Schritte.

„Pasteur 1870, Seidenraupenseuche . . . altes Papier . . . ob es das ist?" fragte Mercier, der aufgesprungen war.

„Durchaus möglich." Santarin nickte. „Wenn Nora nachher zu Ihnen kommt, lassen Sie sich dieses Papier genau schildern."

„Natürlich."

„Heute bewacht ihr Aranda. Sie gehen dann sofort zu einem Ihrer Streifenwagen draussen. Ihre Leute sollen zu Grants Wohnung fahren und ihm alle Einzelheiten bekanntgeben."

„Wieso zu Grants Wohnung?"

„Weil ich auch da sein werde. Ich muss schnellstens Bescheid wissen über alles. Ich habe noch eine kleine Unterredung heute nacht."

„*Mit wem?*"

„Das erzähle ich Ihnen morgen. Tun Sie, was ich sage!"

„Ja, freilich, gewiss", stammelte Mercier, erschrokken über Santarins ungewöhnliche Schärfe. Idealisten, dachte er. Das Aergste!

In Noras Zimmer erhob sich Manuel.

„Sie wollen doch nicht schon gehen?"

„Ich . . ."

„Wohin? Gerade erst halb elf. Was machen Sie bis Mitternacht?"

„Ich weiss nicht, ich . . . Das alles regt mich so auf . . . Sie verstehen gewiss . . . Diese Valerie Steinfeld . . . Mehr und mehr rückt diese Frau in den Mittelpunkt . . ."

„Dann werde ich Ihnen am besten ein Stück meiner Geschichte weitererzählen — und damit ein Stück weiter in Valerie Steinfelds Geschichte. Was [...] Sie davon? Wenn Sie schon da sind . . . Und ic[...] te Ihnen doch, dass ich Ihnen alles berichten wi[...] ich mit Valerie Steinfeld erlebt habe, was ich v[...] weiss . . ."

Manuel setzte sich wieder.

„Bitte, erzählen Sie."

„Gut." Nora lächelte. „Allerdings habe ich [...] halb zwölf Zeit. Dann kommt dringender [...] und Sie werden mich entschuldigen müssen."

„Natürlich. Ich fahre dann ja zu Groll." [...] steckte die Brieftasche ein. Die sechs Fotografie[...] ten nun neben dem Bild, das Irene ihm ge[...] hatte.

„Also, ich habe meinem Freund in Lissab[...] zählt, was in Wien geschehen war . . ."

56

„. . . mein Gott, ist dieser arme Teufel, de[...] Steinfeld, glücklich gewesen, zu hören, dass es [...] Frau und dem Jungen gut geht und dass s[...] Prozess begonnen haben. Nach Dienstschluss ging er mit mir noch aus und betrank sich", [...] Jack Cardiff.

„Ihr habt euch beide betrunken", sagte No[...]chelnd.

„Wir beide — natürlich. Ich habe den Man[...] wirklich gern. Ein feiner Kerl. Lass uns nur [...] dass weiter alles glatt geht. Inzwischen ist Ste[...] Euphorie natürlich längst wieder abgeklungen. [...] London verliess, brachte er mich zum Flughaf[...] sieht schrecklich schlecht aus. Aber sag das [...] seiner Frau!" bas Jack Cardiff.

„Natürlich nicht", antwortete Nora.

„Ueberhaupt nichts von Aengsten und Sorge[...]

„Kein Wort."

„Sie würde sonst wieder unruhig werden."

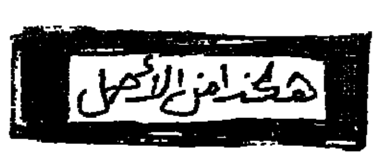
„Ja. Und sie muss jetzt ruhig sein. Ganz ruhi[...]

Dieses Gespräch fand in der Nacht zum 1[...]zember 1942 statt, am Strand von Estoril, de[...]rühmten Kurort, der 24 Kilometer von Lissabo[...] fernt liegt. Vollmond beleuchtete die Landschaf[...] die Wellen mit ihren Schaumkronen blitzen u[...] hellte den feinen, weissen *Sand, den mit Palme*[...]gebenen Prachtbau des Spielcasinos oben au[...] Hügel, die Fassaden der Luxushotels, die maur[...] Villen in ihren riesigen Gärten, den Golfpla[...] alten Palmen und die dunklen Pinienwälder. A[...] Fenstern aller Häuser flutete der Schein strah[...] Lichter. Im übrigen Europa waren sie schon [...] ausgegangen.

In einiger Entfernung lag das Fischerdorf C[...] Mondlicht fiel auf die Männer, die ausfuhre[...] Nachtfang, lautlos winzige Silhouetten in wi[...] Booten.

Der braungebrannte, helläugige Jack Cardi[...] bereits vor drei Tagen aus London zurückge[...] Seit dem 17. November hatte Nora auf ihn ge[...] und voll Sehnsucht und Ungeduld all jene Mis[...] ausgeführt, die ihr in Wien von ihrem Chef Carl [...]ming und in Lissabon von der deutschen Botscha[...] getragen worden waren. Drei Tage hatte sie da[...] Wiedersehen mit Jack gefeiert.

(Fortsetzung folgt)



Östliche Spionage weiterhin aktiv

Allen politischen Entspannungs- emühungen zum Trotz hat das ewerbe der Agenten weiterhin ochkonjunktur. Was der Fall is Kanzleramtsagenten Günter uillaume in Bonn vor Mona- n spektakulär gezeigt hat, wird m mit einer Fülle von Zahlen id Fakten vom Bundesamt für erfassungsschutz in aller Brei- belegt. Danach haben die öst- hen Spionageorganisationen im hr 1973, auf das sich der Be- ht des Verfassungsschutzes be- ht, ihre Tätigkeit in der Bun- srepublik unvermindert fort- etzt. Der Hauptanteil — acht- Prozent — entfiel dabei wie allen vorangegangenen Jahren f die DDR.

Hauptsächliche Spionageziele östlichen Dienste sind, so Verfassungsschutz, politi- e und militärische Objekte. Bereich der Wirtschaftsspio- e — etwa zehn Prozent — ren Ausspähungsschwerpunkte Elektroindustrie, die elektro- che Datenverarbeitung, die schungsstätten der Wirtschaft. allem aber die Kernfor- ung. Dabei interessierten sich östlichen Nachrichtendienste esondere für die Bereiche ktorwerkstoffe, Reaktoren- wicklung, für die Mengen der onnenen atomaren Stoffe und Gaszentrifugenanlagen. Dem icht zufolge haben die ost- päischen Dienste in ihren je- igen Zentralen eigene Spe- abteilungen, die sich mit der nforschungsspionage beschäf- n. In der BRD konzentrie- sich östliche Wirtschafts- nten vornehmlich auf die nforschungszentren Karlruhe ülich.

n den Methoden der Agenten- bung hat sich, wie aus dem cht ebenfalls hervorgeht, of- ar nichts geändert. Beliebtes verbeziel sind allerdings im- mehr die Studenten, und r als „Perspektivkandidaten". figer als früher werden sie in der Bundesrepublik selbst sprochen. Nach wie vor aber der touristische Aufenthalt Osteuropa am meisten zu taktherstellung. Dabei wer- unter anderem Verstösse ge- Vorschriften und Gesetze des Landes dazu benützt, den Be- enden zur Agententätigkeit rpressen. — Osteuropäische iedler werden — so der Köl- Verfassungsschutz — zumeist efordert. für die heimische richtenzentrale zu arbeiten. Aussiedler gehen häufig dar- in, ohne die Aufträge dann auszuführen.

ch ist im Vorjahr der An- lerer gewesen, die sich den rden selbst gestellt haben. fünfzig Prozent aller Personen, die vom Osten angeworben werden sollten oder tatsächlich bereits für ihn gearbeitet hatten, hatten dies den deutschen Behörden schliesslich von selbst gemeldet. Von diesen „Selbststellern" hatten nur 18 Prozent einen oder mehrere Aufträge vor ihrer Selbstoffenbarung ausgeführt. 1973 wurden in Westdeutschland 31 Personen wegen Spionagedelikten verurteilt (im Jahr zuvor 48 —, 1971 waren es 47).

Nach wie vor sieht der Verfassungsschutz eine Gefahr in ausländischen Terrororganisationen. Zwar haben die extremistischen Ausländerorganisationen in der BRD relativ wenig Echo. Anschläge müssten aber weiterhin von den Palästinensern befürchtet werden. Die ausländischen Führungsstellen der Terrorgruppen seien noch nicht ausgeschaltet. Einzelnen Fanatikern gelinge es ausserdem immer wieder, eigenständig operierende Aktionsgruppen zu bilden.

Eine zahlenmässige Abnahme auf der extremen Rechten und eine Konzentration — bei gewissen Erfolgen an den Hochschulen — auf der Linken; das ist der Kern der Abwehrerkenntnisse über den westdeutschen Extremismus. Einfluss auf die breite Bevölkerung habe keines der extremen Lager genommen. Seit der Zerschlagung der „Roten-Armee-Fraktion" von Horst Mahler und Andreas Baader sei auch die Zahl der Terroranschläge zurückgegangen.

(„Presse")

Die antizionistischen Neolinkén in der Bundesrepublik

Die meisten der mindestens 15 bekannten extremlinken Ausländerorganisationen in der Bundesrepublik Deutschlad haben ihre Basis an den Universitäten. In diesen Organisationen haben sich namentlich Griechen, Äthiopier, Perser, Türken, Vietnamesen und schwarze Amerikaner zusammengeschlossen, sowie natürlich und vor allem die Araber. Insgesamt weisen diese linksextremen Studentenorganisationen 3000 Mitglieder auf, die in 95 Lokalorganisationen aufgeteilt sind. Wie gross der Anteil der Araber an dieser Gesamtzahl ist, lässt sich schwer feststellen, aber sicherlich ist er überdurchschnittlich. Zu diesen Studenten kommen bei den Arabern noch die Mitglieder der 24 Sektionen der „Generalunion Palästinensischer Arbeiter" (GUPA), deren Mitglieder, wie der Name sagt, nicht aus d. Universitäten kommen. Bei den antiisraelischen Tätigkeiten der Araber in der Bundesrepublik muss berücksichtigt werden, dass ausser den in den Studentenorganisationen und in der GUPA vereinigten Arabern, die den eigentlichen „harten Kern" bilden, sozusagen alle übrigen entweder in El Fatah oder in zunehmendem Masse in der radikal maoistischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) organisiert sind. Festzustellen bleibt natürlich auch die grosse Anzahl von Doppelmitgliedschaften.

STUDENTEN AM RADIKALSTEN

Die eigentliche „Speerspitze" der antizionistischen Neolinken unter den Ausländern in der Bundesrepublik bilden die Mitglieder der „Generalunion Palästinensischer Studenten" (GUPS) mit ihrem Hauptquartier in Kairo. GUPS weiss sich der Unterstützung deutscher linksextremer Studentenorganisationen sicher, obwohl sie ihrerseits sich nicht mit all deren Zielen identifiziert, sondern sich in ihren Aktivitäten auf „Antizionismus" und Unterstützung der Palästinenser beschränkt. Die Mitglieder der GUPS stehen meist links von der „Deutschen Kommunistischen Partei" (DKP) und deren marxistischem Studentenbund „Spartakus". GUPS hat eine eigene Zeitschrift mit dem Namen „The Palestine Revolution", die innerhalb der Frankfurter Resistentia - Schriften erscheint. Diese Zeitschrift hervortut. In ihren Zeitschriften ficht diese in prosowjetische und promaoistische Fraktionen aufgesplitterte Organisation einig für „den gerechten Kampf der Palästinenser und aller arabischer Völker gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Ausbeuter." Des gleichen Wortschatzes bedienen sich auch die anderen Gruppen, die zudem wie alle arabischen Organisationen Querverbindungen zur deutschen Neolinken links von der kommunistischen Partei aufweisen.

„SCHLAGT DIE ZIONISTEN TOT. MACHT DEN NAHEN OSTEN ROT"

Dieser Satz ist wohl der Tiefpunkt aller antizionistischen Propaganda der ausländischen Aktionsgruppen in der Bundesrepublik. Er stammt von „Internationale Solidarität", einer Gruppe, die sich wiederum aus verschiedenen ausländischen und deutschen Organisationen zusammensetzt, allen voran den verschiedenen „Internationalismus"-Gruppen, die es an den Universitäten von Bochum, Freiburg, Erlangen, München, Braunschweig, Giessen und Marburg sowie Hamburg gibt. Ihnen stehen wiederum anarchistisch ausgerichtete Gruppen nahe, die ihre Sympathie zur Baader-Meinhof-Bande und ihre geschriebene Antipathie gegen Verleger Axel Springer und CSU-Führer Franz Josef Strauss, die als „imperialistisch-zionistische Drahtzieher" bezeichnet werden, die vom „israelischen Waffenhändler und Teilzeit-Botschafter Ascher Ben-Nathan dafür Orden kriegen", nicht verleugnen.

Die wichtigsten linksstehenden und antiisraelischen Ausländerorganisationen in der Bundesrepublik:

- **Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS);**
- **Arabische Studentenvereinigung (ASV);**
- **Conföderation iranischer Studenten-Nationalunion (CISNU);**
- **Föderation Iranischer Studenten in der Bundesrepublik und Westberlin (FIS);**
- **Vereinigung Irakischer Studenten (VIS);**
- **Türkische Studentenföderation in Deutschland (ATOEF);**
- **Generalunion Palästinensischer Arbeiter (GUPA);**
- **Al Fatah;**
- **Volksfront für die Befreiung von Palästina (PFLP);**

stützt sich in ihrem Gedankengut vor allem auf Marx-Lenin und Mao Tse-Tung, ruft zum bewaffneten Kampf gegen den Zionismus auf und verspricht eine „Revolution bis zum totalen Sieg". Der Kampf gegen Israel, der als antikolonialistischer Krieg verstanden wird, ist laut dieser Zeitschrift nur als „bewaffneter Aufstand der organisierten Volksmassen" möglich.

Neben der GUPS ist es vor allem die „Conföderation der Iranischen Studenten" (CISNU), die sich besonders militant im wortreichen Kampf gegen Israel

BLUTBAD VON MUENCHEN WIRD GELOBT

Der Ueberfall arabischer Terroristen auf die israelische Olympiamannschaft in München wird zwar von den weniger „harten" Gruppierungen verurteilt, aber auch nur, weil die Aktion nicht effektiv genug gewesen sei und nicht die erwünschten Unterstützung der Massen gefunden hat. Als solche, nämlich als Mord an Unschuldigen, wird sie durchaus gelobt. So bezeichnet die „Deutsch-Palästinensische Gesellschaft" das Blutbad als „eine mutige und entscheidende Aktion der palästinensischen Revolutionäre". In Flugblättern an der Frankfurter Universität wird der tion des palästinensischen Befreiungs-Volkskrieges, die sowohl aus taktischen als auch politischen Ueberlegungen heraus notwendig war", gefeiert.

All diese Aeusserungen beweisen die Gefährlichkeit der verschiedenen arabischen oder araberfreundlichen Organisationen in der Bundesrepublik. Bedenklich ist die Unterstützung, die sie von einem Teil der Studentenschaft, nämlich dem radikal-linken (der leider aber an vielen Hochschulen das Sagen hat) erhalten. Alle diese öffentlichen Aktivitäten, von den geheimen ganz zu schweigen, lassen den tiefgehenden Wunsch der Oeffentlichkeit nach einer massiven Kontrolle der arabischen suversiven Tätigkeiten nach d. Münchner Massaker mehr als nur gerechtfertigt erscheinen. Die deutsche Bundesregierung aber ist nach ein paar notwendigen Schritten zurückgewichen und auf halbem Weg stehen geblieben.

ARGENTINIEN ohne FÜHRER

Schwierige Uebergangszeiten nach dem Tode Perons

Zum positiven Erbe Perons gehört sicherlich das Selbstvertrauen, das er vielen Argentiniern eingeimpft hat. Die grossen Worte von den noch grösseren Perspektiven taten einem Volk gut, das nach den schlechten Erfahrungen mit den zivilen und uniformierten Präsidenten der letzten Jahre nicht mehr recht an seine Zukunft glauben wollte. Mit seinem versöhnlichen Stil hat Peron auch wesentlich zur politischen Aussöhnung beigetragen. Er hat seine Gegner nicht verfolgt, sondern umarmt und dadurch die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die „Radikalen" mit Ricardo Balbin heute von den Peronisten als Partner angesehen werden. Im Zusammenspiel zwischen den orthodoxen Peronisten und den überzeugten „Demokraten der „Radikalen Bürger-Union" könnte es gelingen, die verfassungsmässige Ordnung am La Plata aufrechtzuerhalten.

Andererseits hat Peron die peronlose Zeit dadurch belastet, dass er seine Partei ohne Führer zurückliess. Der Mann, der seinen eigenen Worten zufolge nach Argentinien gekommen war, „um hier zu sterben", dachte nicht daran, das eigene Haus zu bestellen. Er erklärte vielmehr „das argentinische Volk" zu seinem „einzigen Erben". Dabei wäre wegen der verschwommenen Doktrin des Justizialismus gerade in diesem Falle die rechtzeitige Bestimmung eines Nachfolgers besonders wichtig gewesen. Die versöhnlichen Töne des „lider maximo" haben daher dem Lande nur eine Atempause gebracht.

Durch das wohl unvermeidliche Erwachen aus alten peronistischen Wunschträumen wird der Erbfolgekrieg wahrscheinlich noch verschärft. Der Caudillo hatte zwar den Stil, nicht aber das Ziel geändert. Er strebte mit neuen Schlagworten zu alten Ufern. Mit seiner Vision von („Argentina potencia") hat er der „Grossmacht Argentinien" Erwartungen geweckt, denen die Nachfolger kaum gerecht werden können.

Peron propagierte den „nationalen Wiederaufbau" durch den „Sozialpakt". Dieses Stillhalteabkommen brachte den Arbeitnehmern zunächst einen höheren Reallohn, verpflichtete sie dann aber, sich damit für zwei Jahre zufriedenzugeben, wofür die Unternehmer wiederum versprachen ebensolange die Preise zu halten. Nachdem es anfangs gelang, auf diese Weise die Inflationsrate beträchtlich herabzudrücken, wurde der „pacto social" zuletzt immer stärker unterminiert. Die „kämpferischen" nichtperonistischen Gewerkschaften verlangten und erhielten mehr, und die von der Kostenwelle überrollten Unternehmer verkauften unter oder über der Theke zu höheren Preisen. Die Folge waren schwarze Märkte, Versorgungsmängel und Investitionslücken.

Zum Aufbau der „Grossmacht Argentinien" war nach Peron neben der Einhaltung des Sozialpaktes auch die „ökonomische Befreiung" notwendig. Bei dem ohnehin vorhandenen, geschichtlich verständlichen Trauma von der „ferngesteuerten Pseudo-Unabhängigkeit" führte die Forderung des Präsidenten zu einer beinahe feindseligen Haltung gegen ausländisches Kapital. Das geht soweit, dass den Auslandsfirmen eine beträchtliche Sondersteuer droht, wenn sie nicht bereit sind, sich in 5 bis 10 Jahren „nationalisieren" zu lassen. Wer als Vertreter oder leitender Angestellter bei einer Auslandsfirma arbeitet, hat seit kurzem keine Chance mehr, in einer der Universitäten beschäftigt zu werden. Unter diesen Voraussetzungen haben die „internationalen Kapitalisten" natürlich noch weniger Interesse zu investieren als die nationalen.

Für viele Arbeiter bleibt freilich der Eindruck, dass es unter Peron „wieder gut anfing" und dass nur die „Saboteure des nationalen Wiederaufbaus" schuld daran sein können, wenn es nicht so weitergeht. Peron hat also in der Wirtschaft eine gefährliche Zeitbombe hinterlassen.

In der Aussenpolitik fand der General schliesslich das ideale Feld, sich und seinen Anhängern die eigene Grösse und Unabhängigkeit zu bestätigen. Er glaubte offenbar allen Ernstes an eine Art Führungsrolle nicht nur in Lateinamerika, sondern in der ganzen Dritten Welt. In dem Handel mit Kuba war auch bald der nötige Prestigestreit mit den Yankees gefunden. Man kann verstehen, dass sich die Argentinier nicht verbieten lassen wollten, Kraftfahrzeuge aus den argentinischen Automobilwerken amerikanischer Tochtergesellschaften nach Kuba zu liefern. Doch lohnte sich diese Kraftprobe mit den „Gringos"?

Der geschäftigen Aussenpolitik Perons war zudem leicht anzumerken, dass sie durch ihren progressiven Zuschnitt das Alibi für die Auseinandersetzung mit den argentinischen Linksextremisten liefern sollte. Freilich, die Schwächen an der heimatlichen „Hauptkampflinie" lassen sich auf die Dauer nicht durch aussenpolitische Kommandoaktionen vertuschen. Auch unter Peron wäre daher wohl bald deutlich geworden, dass sich mit grossen Gesten die Einflussgebiete nicht zurückgewinnen lassen, die andere (Brasilien) inzwischen mit den Krediten und Lieferungen einer stark wachsenden Wirtschaft erobert haben.

Argentinien lief unter Peron aufs neue Gefahr, in der Aussen- und Innenpolitik über seine Verhältnisse zu leben. Es sind denn auch nicht nur konservative Geister, die dem General vorwerfen, er habe seine Landsleute in gefährlichen Illusionen bestärkt, statt ihnen in einer nüchternen Bestandaufnahme die unpopulären Voraussetzungen für eine bessere Zukunft klarzumachen. Zwar hat er gerade in den letzten Wochen seines Lebens auch davor gewarnt, „mehr zu fordern, als der Prozess erlaubt". Doch diese späte Wendung zu mehr Realismus verblasst bereits in der Erinnerung. Der „lider maximo" wird für viele Argentinier der Mann der „guten alten Zeiten" bleiben, der Mann, der zuletzt dabei war, den Argentiniern ein besseres Leben und Argentinien eine grössere Zukunft zu bescheren.

An der wachsenden Abwanderung von Wissenschaftlern (nach den USA) und Managern (nach Brasilien) lässt sich ablesen, dass es auch Argentinier gibt, die von Perons Versprechen nicht viel halten. Seit dem Sommer vergangenen Jahres sind unter den Auswanderern auch zunehmend Familien aus dem Mittelstand. Bei einem Anruf bei der australischen Botschaft wird man durch den automatischen Beantworter ungefragt darauf hingewiesen, wann die Abteilung für Emigranten geöffnet ist. Die Diplomaten nennen allerdings nicht gern die Zahl und die Motive der Auswanderer. Sie wollen wahrscheinlich das empfindliche Selbstgefühl d. Argentinier nicht noch mehr strapazieren

Exodus der Marokko-Franzosen

Etwa ein Drittel will das Land verlassen

Ungefähr ein Drittel der siebzigtausend noch in Marokko lebenden Franzosen hat die Absicht, das Land im Laufe dieses Sommers endgültig zu verlassen. Der Auswanderungsentschluss dieser Gruppe, zu der noch eine Anzahl von Portugiesen und Spaniern gehört, ist die Folge des Enteignungsdekrets („Dahir") vom 2 März 1973, das zum 31. Mai 1974 die „Marokkanisierung" der ausländischen Betriebe in Landwirtschaft, Handel und Industrie vorsah.

Im September des vergangenen Jahres richteten französische Landwirte an den damaligen Finanz- und Wirtschaftsminister Giscard d'Estaing ein Memorandum, in dem sie auf ihre schwierige Lage hinwiesen und auf die ungenügende Entschädigungsleistung des französischen Staates aufmerksam machten. Enteignet worden waren bei französischen Staatsangehörigen 260.000 Hektar. Von diesen befanden sich 150.000 Hektar in direkter Nutzung durch die Eigentümer. 110.000 Hekar waren an Marokkaner verpachtet oder warteten auf die Genehmigung des Verkaufs durch die marokkanischen Behörden. Da die grossen landwirtschaftlichen Betriebe schon seit längerer Zeit in marokkanische Hände übergegangen waren, betrifft die Marokkanisierung jetzt zum grossen Teil Familienbetriebe.

In ihrem Schreiben an den Minister hatten die Landwirte eine französische Entschädigungsgesetzgebung beklagt, die ihnen nach einem Gesetz aus dem Jahre 1961 eine monatliche Hilfe von vierhundert Franc (zweihundert Mark) für jeden Erwachsenen und fünfzig Franc (25 Mark) für jedes Kind zusprach. Mit diesen Beträgen liegt die Unterstützung unter den gegenwärtig geltenden Mindestlöhnen. Entsprechende Klage wurde über die Höhe der Entschädigungsansprüche geführt, die das Gesetz für den Verlust ihres Eigentums vorsieht.

Die Frist für die Marokkanisierung der ausländischen Unternehmungen ist bis zum 30. September verlängert worden. Die wirtschaftliche Lage der Betroffenen hängt jedoch von der Höhe der zur Ueberweisung freigegebenen Beträge ab. Die Verkaufs- oder Enteignungsbeträge werden in der Regel nicht ausreichen, um eine neue Existenz in Frankreich aufzubauen.

Die kanadische Provinz Quebec, ein französischsprachiges Gebiet, hat Landwirten und Handwerkern, die sich dort niederlassen wollen, günstige Angebote gemacht. Die weitaus grössere Zahl der Aussiedler aber wird nach Frankreich gehen müssen. Marokko verliert zwar mit diesen Auswanderern einige tausend Kleinunternehmer — nachdem etwa 350 grosse Betriebe von der Möglichkeit der fünfzigprozentigen Uebernahme der Geschäftsanteile durch Marokkaner Gebrauch machten und ihre Besitzer daher nicht in derselben Weise ihre Existenz einbüssten —, hat aber lediglich einen Schritt vollzogen, den die innenpolitische Entwicklung seit der Unabhängigkeit vor achtzehn Jahren und die stark anwachsende Bevölkerung unvermeidlich machten.

Mit sechzehn Millionen Menschen, darunter fast einer Million Arbeitsloser, hat Marokko kaum die Möglichkeit, sich vor jene Ausländer zu stellen, die zur Entwicklung der Wirtschaft des Landes in der Vergangenheit Erhebliches beitrugen.

Ob das übernommene Eigentum den Interessen der Bevölkerung nutzbar gemacht wird, unterliegt dem Urteil der Geschichte. Im Prinzip hat sich der Staat das Eigentum an dem nationalisierten Grundbesitz von 150.000 Hektar Ackerland selbst vorbehalten, das Land aber den traditionellen bäuerlichen Gemeinschaftsorganisationen („Jemaa") zur Nutzung überlassen. Ein Drittel der Erträge muss an den Staat abgeführt werden.

Jackson passt die ganze Richtung nicht

Kissingers Gegenspieler im Senat bekaempft die Entspannungspolitik

Bis zum jüngsten Gipfeltreffen zwischen Breschnew und Nixon existierte in Washington ein sehr beständiges aussen- und sicherheitspolitisches Kräfteparallelogramm. Henry Kissinger und Henry Jackson waren die unbestrittenen Protagonisten an klar abgesteckten, wenn auch nicht ganz gradlinigen Fronten. Der Aussenminister repräsentierte unangefochten die Aussenpolitik der Regierung Nixon, deren Kurs die aussen- und sicherheitspolitischen Experten der Administration folgten — wenn auch *zusehends mürrischer*. Auf der anderen Seite personifizierte der Senator, der zum Sprachrohr der konservativen Demokraten geworden ist, von einer ebenso überragenden Position aus den Widerstand der Entspannungskritiker gegen die von Kissinger geprägte Politik.

Seit dem *rüstungspolitischen* Fehlschlag des dritten amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffens verschiebt sich das Washingtoner Kräfteparallelogramm deutlich. Begonnen hatte diese Entwicklung freilich schon vorher. So konnte Verteidigungsminister Schlesinger bei Präsident Nixon vor dem Moskauer Treffen ein Veto gegen den nach seiner Meinung zu konzessionswilligen Salt-Kurs Kissingers durchsetzen. Das *permanente* Fingerhakeln zwischen den beiden in Harvard geprägten Theoretikern der Nuklearstrategie artete vorübergehend in offenen Streit aus.

Vor dem Abflug aus Moskau meinte Kissinger, beide Seiten hätten ihre militärischen Etablishments erst noch vom Nutzen der atomaren *Selbstbeschränkung* zu überzeugen. Diese Bemerkung war mindestens zur Hälfte auf Schlesinger und das Pentagon gemünzt; sie wurde dort auch so verstanden. Schlesinger wies den Vorwurf des Aussenministers innerhalb weniger Stunden auf einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Pressekonferenz zurück.

Kissinger blieb keine andere Wahl, als diese Herausforderung *anzunehmen. Er weiss, dass er* Verbündete braucht, um den Argumenten Schlesingers und vor allem der Kampagne Jacksons gegen die Entspannungspolitik begegnen zu können. Sein Ruf nach einer Grundsatzdebatte war denn auch ein dürftig verkleideter Solidaritätsappell an die Anhänger der Detente.

Die erste Reaktion kam aus dem akademischen Lager. Eine 38köpfige Gruppe bekannter Wissenschaftler und Industrieller, unter ihnen John Kenneth Galbraith, Jerome Wiesner, Edwin Reischauer und andere altbekannte Fürsprecher für Abrüstung und Entspannung, gründete ein Komitee mit dem Ziel, der um sich greifenden Kritik an der Entspannungspolitik und der Widerborstigkeit Jacksons entgegenzuwirken. Der Aussenminister sagte dem Unternehmen schnell seine Unterstützung zu, obwohl *die Erfahrung lehrt, dass solche* Initiativen aus dem akademischen Bereich nur begrenzte Resonanz haben.

Wirksamer könnte der Widerstand sein, der sich innerhalb der demokratischen Senatsfraktion gegen Henry Jackson zu formieren beginnt. Walter Mondale, ein *junger Senator aus Minnesota*, vergleicht die Rolle Jacksons mit der des republikanischen Senatsführers Robert Taft in der Truman-Ära. Mondale sieht — unterstützt von alten Entspannungsadvokaten wie William Fulbright — die Notwendigkeit, dass jemand die Funktion übernimmt, die damals Arthur Vandenberg innehatte. Vandenberk war seinerzeit zum Gegenspieler Tafts innerhalb der Republikanischen Partei geworden *und hatte* schliesslich durchgesetzt, dass — in einer Periode weltpolitischer Weichenstellungen — der aussenpolitische Konfrontationskurs Tafts gegen den innenpolitisch geschwächten Truman aufgegeben wurde. Der Demokrat Truman konnte daher nach dem Zweiten Weltkrieg so wichtige *aussenpolitische Vorhaben wie* den Marshall-Plan und die Gründung der Nato in die Wege leiten.

Mondale bezeichnet es als Pflicht der Demokraten, die von Nixon und Kissinger verfolgte Entspannungspolitik zu unterstützen, auch wenn der Präsident *wegen des Watergate-Skandals* diskreditiert und geschwächt sei. Der Senator räumte ein, dass Jackson, ähnlich wie damals Taft „nicht nur seiner Präsidentschaftsambitionen wegen die Aussenpolitik der Regierung attackiert, sondern dass er dabei aus echter Überzeugung handelt.



HENRY JACKSON
Sprachrohr der Konservativen

Tatsächlich versuchte Jackson *nie zu kaschieren, dass ihm die* ganze Richtung der Entspannungspolitik nicht passt. Im Stile eines militanten Antikommunisten fragte er kürzlich in einem Interview, ob der Kalte Krieg denn wirklich vorüber oder ob er nicht vielmehr nur mit der Floskel Detente übertüncht sei. Für Jackson gibt es keinen Zweifel, dass die Sowjetunion unter *dem Deckmantel der Entspannung* nach globaler Vorherrschaft strebt. Der Kreuzzug Jacksons gegen die Entspannungspolitik hat so viel Echo gefunden, weil der Senator als ein gradliniger und ehrlicher Mann gilt. Seine Vertrauenswürdigkeit sicherte ihm Gefolgschaft in konservativen wie *liberalen Kreisen*. Er imponierte beiden Lagern mit seiner Forderung nach humanitären Konzessionen der Sowjetunion als Vorbedingung für amerikanische Handelserleichterungen.

Auch jetzt, da sich innerhalb seiner Fraktion langsam der Widerstand formiert, hat Jackson noch immer Trümpfe in der Hinterhand. Wie geschickt er sie zu spielen vermag, bewies der Senator mit einer Reise in die Volksrepublik China, die er demonstrativ zur selben Zeit absolvierte, zu der Nixon und Kissinger in der Sowjetunion waren.

Jackson charakterisierte China anschliessend ganz ungeniert als Schachfigur, die es gegen die Sowjetunion auszuspielen gelte. *Er warf der Nixon-Regierung* vor, sie haben den im Frühjahr 1972 begonnenen Dialog mit den Chinesen nicht konsequent genug fortgesetzt. Statt die Formosa-Frage schnell vom Tisch zu bekommen, wobei Jackson den Abbruch normaler diplomatischer Beziehungen zu Taipeh empfiehlt, habe Washington Entscheidungen vertagt und sich damit der Chace begeben, Peking als Hebel gegen Moskau zu benutzen. Jackson würde, hätte er das Sagen,ka ltschnäuzige Machtpolitik im Dreiecksverhältnis Washington-Peking-Moskau betreiben. Die indirekte Zusicherung Nixons an Breschnew, dass Amerika keine Allianz mit China gegen die Sowjetunion eingehen werde, empfindet der demokratische Senator als Preisgabe eines hohen Trumpfes. So gefährlich *sein Vorschlag, Moskau und Peking* gegeneinander auszuspielen, auch sein mag: Im Anschluss an den enttäuschten Ausgang des Moskauer Gipfels konnte sich Jackson mit seinem Konzept durchaus Gehör verschaffen.

Der populäre Nenner, auf den Jackson seine entspannungs*feindlichen Glaubenssätze* zu bringen vermag, unterscheidet sich beträchtlich von den differenzierten Erwägungen, die Verteidigungsminister Schlesinger über die Begrenzung der strategischen Rüstung anstellt. Aber so unterschiedlich Jackson und Schlesinger in bezug auf Herkunft, *Rhetorik* und Temperament auch sind: In dem Masse, in dem der Verteidigungsminister den Aktionsradius des Aussenministers zu beschneiden vermag, wird sich Jacksons Einfluss ausdehnen.

Kissinger und die Anti-Jackson-Gruppe in der demokratischen Senatsfraktion haben derzeit nur eine Chance. Sie müssen versuchen, die Entspannungspolitik im politischen Bewusstsein *der Amerikaner fester zu* verankern. Der Präsident, der die Detente seit Jahren als Vorbedingung für eine Ära des Friedens anpreist, steht bei dieser Auseinandersetzung im Abseits. Auch wenn er sich, wie jetzt in der Abhöraffäre, voll hinter seinen Aussenminister stellt, sind Nixons Einwirkungsmöglichkeiten auf den Kongress begrenzt. Um politisch zu überleben, braucht der Präsident die Konservativen auf dem *Kapitol*, und die sind nun einmal auf Jacksons Seite.

JÜRGEN KRAMER

Kissinger-Biographie: Portraet eines glaenzenden Geistes

Stephen Graubard, der an der Brown-Universität Geschichte lehrt und Daedalus, die hervorragende Zeitschrift der amerikanischen Akademie der Künste *und Wissenschaften, herausgibt*, ist Henry Kissingers geistesgeschichtlicher Biograph (und persönlicher Freund). Der Untertitel der vor einem Jahr erschienenen amerikanischen Ausgabe: „Porträt eines Geistes" drückt daher die Absicht des Autors genau aus.

Für jeden, der nicht die vier Hauptwerke Kissingers und seine über 30 Aufsätze lesen will, ist Graubards zuverlässiges Referat über Kissingers Vorstellungswelt, über die Eigentümlichkeit und Querverbindungen zwischen den Deutungen der grossen politischen Figuren des 19 Jahrhunderts (Metternich, Castlereagh, Bismark) und der nuklearen Problematik von heute, eine wirklich unentbehrliche Quelle, will er in die neuen aussenpolitischen Konzeptionen Washingtons eindringen.

Einige Lebensdaten Kissingers — *Judenverfolgung* in Deutschland, die Rolle der Armee für den Einwanderer in Amerika, das Glück, dass Harvard ihn als Student aufnahm, obwohl er mit 24 Jahren noch keinen formellen Schulabschluss besass, die Chance, die Nelson Rockefeller ihm mit aussenpolitischen Forschungsaufträgen bot — gehören natürlich in das geistige Porträt; aber Graubards wesentliches Interesse ist ideengeschichtlich. Er beginnt *folgerichtig* damit, das in Amerika verbreitete Vorurteil, Henry Kissinger fühle sich als ein Metternich, Talleyrand oder Bismark des 20. Jahrhunderts, sei also der kalten antiquierten Machtpolitik verdächtig, zu korrigieren.

Kissinger studierte geschichtliche Phänomene, um *Gründe* ihres — fast immer, seiner Überzeugung nach, unvermeidlichen — tragischen Scheiterns zu er*forschen*; nicht um sie nachzuahmen. Mit seiner eigenen Aufgabe als aussenpolitischer Hauptberater eines Präsidenten seit 1969 und als Chef der Diplomatie einer Weltmacht seit vorigem Jahr verbindet ihn sein frühes Interesse als Historiker an der Suche nach einer „stabilen inter*nationalen Ordnung". Graubard* zeigt, wie zentral für Kissingers Denken (und sein späteres Han-

HENRY KISSINGER
Geistes- und Entschlusskraft in einer Person

dein) hierbei der Begriff der Legitimität ist. Er wuchs hervor aus seinem Studium des Wiener Kongresses.

In dieser Doktorarbeit, die *1957 als sein erstes Buch* erschien, unterschied er revolutionäre und legitime Macht. Ein stabiler Friede verlangt allgemein akzeptierte Legitimität, im Widerspruch zu Napoleons Ziel, absolute Sicherheit für sich durch die totale Verunsicherung aller anderen Staaten zu erre[…] chen. *Damals befanden si[…]* zweifellos die Sowjetunion u[…] China nach Kissingers Auffa[…] sung in Napoleons Kategor[…] Metternich (dem er unheilvoll[…] Unverständnis für die Refor[…] bedürftigkeit des Habsburgerr[…] ches vorwirft) ist, zusammen m[…] dem britischen Aussenminist[…] Castlereagh doch ein Vorbil[…] weil es ihnen in Wien gelar[…] internationale Arrangements[…] schaffen, die eine hundertjäh[…] *ge Friedensperiode ermöglichte*[…]

Aber sind nicht China u[…] Russland „revolutionäre" Mä[…] te, mit denen eine auf „Leg[…] mität" — für Kissinger statt […] Gottesgnadentums des Wie[…] Kongresses jetzt die Verpfli[…] tung zum Frieden im Nukle[…] zeitalter — beruhende Friede[…] struktur unmöglich ist? So da[…] te Kissinger zu Beginn seiner […] beiten als Nuklearstratege ge[…] (als er 1957 „Nuclear Weap[…] and Foreign Policy" veröffe[…] lichte); aber in den Jahren […] 1968, als er Nixons Berater w[…] de, änderte sich diese Bewertu[…] wie Graubard schreibt: Kissin[…] „glaubte, die Zeit sei günstig […] neue Initiativen im Verhäl[…] zur Sowjetunion und zum k[…] munistischen China. Die A[…] rikaner ebenso wie die Sow[…] union erkannten die Tatsac[…] dass ein strategisches Gleic[…] wicht zwischen ihnen bestar[…] Sowohl die Sowjetunion […] China hatten aufgehört, ‚rev[…] tionäre' Staaten zu sein. Di[…] Ausdruck hatte in Kissingers […] xikon eine besondere Bedeut[…] da er stets der Meinung g[…] sen war, dass eine internatio[…] Ordnung ein gewisses Mass […] *Anerkennung durch alle Sta[…]* voraussetzte, war die Exis[…] jedes Staates, der sich deren […] störung zum Ziel setzte, eine […] fahr für den Weltfrieden. So […] es nach Kissinger sehr be[…] sam, dass weder Moskau […] Peking ein solches Ziel zu […] ben schienen; dies eröffnete […] ihn die Möglichkeit nützl[…] Gespräche." Er eröffnete sie […] seiner Geheimmission in Pe[…] 1971, die ihm mehr als alle […] deren Unternehmungen den […] strittenen Nimbus eines Me[…] nich der Gegenwart verli[…] hat.

Es ist eigenartig, dass H[…] Kissinger zu seiner schwind[…] regenden Machtstellung als […] mulierer und Ausführer der […] rikanischen Aussenpolitik […] der Delegation d. Verantwor[…] eines Präsidenten gelangt ist […] gen dessen Nominierung er […] (als Berater von Nixons Ri[…] Rockefeller) gekämpft hatte, […] dem er menschlich und inte[…] tuell ferner zu stehen schie[…] den drei vorangegangenen P[…] denten, die er, wie Graubar[…] legt, als Harvard-Professo[…] verschiedenen Graden der S[…] ge kritisierte, Eisenhower […] sen Vizepräsident Nixon […] am schärfsten, Kennedy m[…] Johnson vorwiegend durch r[…] tives Schweigen.

Nixon gehörte zu den wen[…] die seinerzeit die zahllosen […] senpolitischen Erklärungen […] kefellers (im Wahlkampf u[…] Nominierung der Republi[…] schen Partei) lasen. Richard […] xon, der über Rockefeller si[…] wurde dann dessen aussenp[…] scher Testamentsvollstrecker […] dem er Kissinger, den Verf[…] jener Erklärungen, im Nove[…] 1968 zu seinem Berater für […] tionale Sicherheit machte.

Ersten *Weltruhm* gewann […] singer, als er den Friede[…] Vietnam aushandelte. Seine […] tiker finden, dieses höchst […] gile Ergebnis hätte ohne […] schweren Verluste und L[…] von vier Jahren (die ganze […] Amtszeit Nixons) früher e[…] werden können. Graubard […] in diesem Punkt zum Apolog[…] „Kissinger machte aus der […] wort auf diese Frage nie […] Hehl. Was er im Januar 197[…] reicht hatte, war 1969, […] oder 1971 nicht zu erreiche[…] wesen."

(SZ) Herbert von B[…]

Bissige Kennedy-Nixon-Mixtur als "schwarze Komödie"

„Des Präsidenten Letztes Tonband" — „The President's Last Tape" — hiess ein sensatio*nelles Fernsehspiel, das von* der offiziellen British Broadcasting Corporation in ihren Pressenotizen als „eine auf Watergate basierte Schwarze Komödie" bezeichnet wurde. Diese für die BBC geschriebene „Schwarze Komödie" wurde vor wenigen Tagen zur abendlichen Hauptsendezeit im BBC-Fernsehen gesendet — und wird auch an andere Fernsehorganisationen im britischen Commonwealth verkauft.

In dieser „Schwarzen Komödie" gibt der neurotische und grössenwahnsinnige Präsident der Vereinigten Staaten seiner Mutter zur Aufbewahrung das was er als „meine letzte Verteidigung" bezeichnet: ein Tonband das nicht nur eine geheim im *Schlafzimmer* gemachte Aufzeichnung von Sex zwischen der Gattin des Präsidenten und seinem Aussenminister (Secretary of State) enthält, sondern auch geheime Aufzeichnungen von Gesprächen führender amerikanischer Politiker, Industrieller, Gewerkschaftsführer, und ande*rer prominenter* Amerikaner.

Der Präsident sagt seiner Mutter: „Dieses Band ist meine letzte Verteidigung, denn es würde die gesamten Vereinigten Staaten vernichten, wenn es veröffentlicht werden würde!"

Am Anfang dieser „Schwarzen Komödie" der BBC erhält die *Mutter des Präsidenten (sie ist* eine besonders üble und unfaire Parodie von Mrs. Rose Kennedy) in ihrer grossen Villa in *Florida von einem* amerikanischen Verleger einen Koffer mit vielen Tausend-Dollar Scheinen für ihre Memoiren. Sie erzählt dem Verleger: „Ich habe ständig den furchtbaren Alptraum, dass mein Sohn noch Präsident der Vereinigten Staaten ist. Ich werde Ihnen über jene schrecklichen Ereignisse erzählen, von denen die gesamte Welt erschüttert wurde."

„In den Vereinigten Staaten wurden alle Romane von der Wirklichkeit übertroffen. Jeder *Morgen brachte eine neue Fortsetzung* des Schundromans über das Weisse Haus..."

Eine Rückblende zeigt eine in Amerika verkaufte Klosettpapier-Rolle mit einem Porträt des Präsidenten auf jedem Blatt. Während dieser Rückblende zum Grossen Skandal sagt die Mutter des *Präsidenten: „Ich würde* es vorziehen, dass die gesamte Nation aus Schock und Trauer weint, weil mein Sohn ermordet wurde, anstatt dass die Nation über einen Präsidenten lacht, der zum Rücktritt gezwungen wird!"

In Gegenwart seiner Mutter versucht der Präsident, seinen Aussenminister zu erwürgen weil der Aussenminister ein Verhältnis mit der Gattin des Präsidenten hat. Doch der Aussenminister kann sich vom Würgegriff des Präsidenten befreien, und die Mutter des Präsidenten sagt zornig zu ihrem Sohn: „Wenn du *ihn jetzt getötet hättest, wäre* dein Impeachment (Anklage und Prozess vor dem Senat) unvermeidlich gewesen!"

Denn gibt der Präsident seiner Mutter das Tonband, mit dem jede wichtige Persönlichkeit in den Vereinigten Staaten erpresst werden kann, und das die gesamten Vereinigten Staaten vernichten könnte. Doch seine Mutter sagt ihm, was er tun muss, und er tut es.

Im Büro des Präsidenten im Weissen Haus hebt er einen Revolver zu seiner Schläfe — und schiesst.

In den nächsten Minuten benützt die BBC Aufzeichnungen des tatsächlichen Staatsbegräbnisses von Präsident John F.

Von unserem Korrespondenten in London, EDWIN ROTH

Kennedy: Während Präsident Kennedys tatsächlicher Sarg auf dem Fernsehschirm gezeigt wird, und militärische Trauermusik ertönt, erzählt die Mutter des „Komödie"-Präsidenten:

Die Mutter: „Man sagte, dass mein Sohn korrupt war. Doch was Korruption wirklich ist, lernt *man erst jetzt kennen. Ich hof*fe, die Oeffentlichkeit wird den neuen Präsidenten und seine Frau vernichten, so wie sie meinen Sohn vernichteten."

Der Verleger: „Es ist schrecklich, so etwas zu sagen."



RICHARD M. NIXON — **JOHN F. KENNEDY**
Brisante Mischung für eine „Schwarze Komödie"

„Jetzt wurde er ihr Vater, ihr Gatte, ihr Geliebter — ein einfacher Mann, der einige Fehler machte, und sein Leben opferte, damit sein Land nicht leiden sollte. Ein Flugplatz, Sportstadione, Strassen, und grosse Gebäude wurden nach ihm benannt..."

Die Mutter des Präsidenten erzählt, wie seine Witwe den Aussenminister heiratete. „Das ganze Volk war begeistert darüber" sagt sie. „Es war ganz unvermeidlich, dass er Präsident wurde, und dass sie die einzigartige Auszeichnung erhielt, die erste Dame zu sein, die Erste Dame für zwei verschiedene Präsidenten war."

Der Verleger: „Sie lieben einander sehr."

Die Mutter (zynisch): „Wer sonst soll sie leiben?"

Der Verleger: „Ja, sie müssen die beiden am meisten gehassten Menschen in der ganzen Welt sein."

Die Mutter: „Wenn meine Enthüllungen nicht schrecklich wären, würden Sie mir nicht so viel dafür bezahlen! Woher glauben Sie habe ich diese grosse Villa, meine Diener, mein endloses Geld? Weil ich die schrecklichste Information auf einer einzigen Rolle Tonband habe!"

Doch die grosse Ueberraschung kommt, als sie den Verleger in einen anderen Teil der Villa führt, wo der „tote" Präsident auf ihn wartet. Er enthüllt, dass sein Selbstmord von ihm, von seiner Mutter und vom Aussenminister gefälscht wurde. Die Leiche im Sarg wurde von einem *Gefängnisdirektor zur Verfügung* gestellt.

„Nachdem ich gestorben war, hatte ich zum ersten Mal in meinem Leben die Zeit, mich zu entspannen, und mich selbst genau zu betrachten", sagt der Präsid[…]. Ich erkannte plötzlich, dass ich total wahnsinnig bin — und dass die grösste Mehrheit in der Geschichte der Ver*einigten Staaten einen* Wahnsinnigen zum Präsidenten gewählt hatte.

Ich habe sogar angefangen, Bücher zu lesen: Nietzsche, Camus, Kierkegaard, sogar Karl Marx — alle Wahnsinnige, die dachten, dass sie etwas taten, so *wie ich. Ich habe* versucht, meinem Land zu helfen. Doch man nannte mich einen Verbrecher.

Ich war immer, was ich war — Jahre und Jahre bevor ich Präsident wurde: Das Volk wusste, was es wollte. Verbrecher wählen Verbrecher. Verbrecher bekommen, was sie verdienen!"

Diese „Schwarze Komödie" der BBC war nicht nur anti-Nixon, sondern rabiat anti-amerikanisch. Wenn der Kreml jetzt nicht Entspannung zu seinen eigenen Bedingungen wollte, könnte diese gesamte „Schwarze Komödie" der BBC unverändert im *Fernsehen der Sowjet*union und jedes anderen kommunistischen Staates gesendet werden. Einer ihrer offensichtlichen Zwecke war, die grösstmögliche Verachtung nicht nur für Richard Nixon zu verursachen, sondern für die gesamten Vereinigten Staaten. Die Benützung der Aufzeichnungen des tatsächlichen Begräbnisses von Präsident Kennedy zeigt sehr viel über das heutige England, dessen offizielle Fernseh- und Rundfunkorganisation die BBC ist.

Doch in Englands eigener ungeheurer politischer, sozialer und moralischer Krise spielt Watergate eine äusserst wichtige Rolle. Watergate ermöglicht den Engländern, Dankbarkeit dafür zu fühlen, dass sie nicht wie die Amerikaner sind — ohne schadenfrohe Ueberheblichkeit, die das sehr angeschlagene britische Selbstbewusstsein tröstet, und die daher vom britischen Fernsehen und von den anderen britischen Informationsmedien auf jede mögliche Weise gefördert wird.

r-Biographie: P
glaenzenden Ge

Weltpolitische Umschau :

Wieder keine Einigung über Abrüstung



...r die Wiener Truppenabbau-...erenz hat die Sommerpause ...nnen, die bis Mitte Septem-...dauern wird. Die Sprecher West und Ost — für die ...O der holländischen Bot-...ter Quarles van Ufford, für Warschauer Parkt der Lei-...ter polnischen Delegation, ...hafter Strulak — haben ...der letzten Plenarsitzung ...rungen über den Stand der ...penabbaugespräche abgege-...die eindeutig erkennen lies-...dass sich West und Ost in ...entscheidenden Fragen bis-...nicht nähergekommen sind. ...Standpunkte über die Basis-...eine, nämlich wer mit der ...penverminderung beginnen ...in welcher Form und nach ...en Grundsätzen sie vorge-...nommen werden soll, sind genau-...eit entfernt wie bei der ...gation der Vorstellungen ...erhandlungspartner im ver-...nen Herbst.

...NATO-Staaten halten ...fest, dass die beiden Su-**permächte mit der Reduzierung ihrer Landstreitkräfte den ersten Schritt einer Truppenverminderung tun müssen**, da nur nach einem Abzug eines Teils der amerikanischen und der sowjetischen Streitkräfte die notwendige Vertrauensgrundlage für die Verminderung des militärischen Potentials anderer Staaten geschaffen sei. Der Westen ist allerdings bereit — verschiedene Vorschläge zu diesem Punkt spielten in der vergangenen Verhandlungsrunde eine grosse Rolle —, sich auf ein Zwei-Phasen-Programm für den Truppenabbau festzulegen, das heisst, Zusicherungen zu geben, dass nach einer ersten, nur die Grossmächte betreffenden Truppenreduzierungsphase eine zweite folgt, an der alle elf in die geplante Truppenverdünnungszone Mitteleuropas einbezogenen Staaten beteiligt sein sollen.

Im Gegensatz dazu beharren die Warschauer-Pakt-Staaten unverändert darauf, dass die direkten Teilnehmerländer an der Truppenabbaukonferenz, also Belgien, Bundesrepublik, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Grossbritannien, Vereinigte Staaten, Sowjetunion, Polen, DDR und Tschechoslowakei, gleichzeitig **ihre Streitkräfte verringern müssen**, und zwar — und das ist seit Konferenzbeginn der zweite grosse Streitpunkt — um die gleiche Anzahl oder den gleichen Prozentsatz. Der Osten verlangt ausserdem die Einbeziehung der Luft- und Atomstreitkräfte in die Truppenreduktion.

Es sei „dem Westen gegenüber unfair", sagte Botschafter Quarles, den Truppenabbau so vornehmen zu wollen, dass durch eine gleichmässige Verminderung des bestehenden Militärpotentials das gegenwärtige Ungleichgewicht auf dem Gebiet der Landstreitkräfte zementiert würde. — Der derzeitige Vorsprung des Ostens, der beim Personalstand der Landstreitkräfte 150.000 Mann sowie 9.500 Panzer betrage, würde durch einen Status quo auf niedrigerer Streitkräfteebene nicht nur aufrechterhalten, sondern noch vergrössert. Das sei ein einseitiger militärischer Vorteil des Warschauer Paktes und könne nicht zur Stabilität und Sicherheit Europas beitragen. Die NATO schlägt daher übereinstimmende Höchststärken vor, die in zwei Verhandlungsphasen herbeigeführt werden sollen.

Nicht nur der ägyptische Aussenminister Fahmi wurde von den Russen ausgeladen. Auch Südostasien hat seine „Ausladungs-Affäre". Während die von heftigen polemischen Attacken gekennzeichnete Konfrontation zwischen Pakistan und der einen sowie Indien und Afghanistan auf der anderen Seite immer bedrohlichere Züge annimmt, beginnt sich nun auch in den Beziehungen Pakistans zur Sowjetunion eine wachsende Entfremdung anzubahnen.

So behauptete der pakistanische Ministerpräsident Bhutto jetzt nach einer einwöchigen Tour durch die an Afghanistan grenzende Nordwest-Provinz, **seine für Anfang dieses Monats vorgesehene Reise in die Sowjetunion habe auf Drängen Moskaus abgesagt werden müssen.**

Dagegen hatte die sowjetische Parteizeitung „Prawda" geschrieben, Bhutto selbst habe um einen Aufschub der Reise angesucht und zur Begründung auf „dringende innenpolitische Probleme" verwiesen. Diese Version war zunächst auch von Radio Pakistan übernommen worden. Dann zitierte der gleiche Sender den pakistanischen Regierungschef mit den Worten, **nicht er habe sich, sondern die Sowjets hätten ihn ausgeladen.**

Tatsache ist, dass Bhutto zuletzt indirekt auf ein sowjetisches Zusammenspiel mit Indien und Afghanistan bei deren angeblichen Verschwörung gegen Pakistan hingewiesen und durch sein Aussenministerium hatte verbreiten lassen, die afghanischen Streitkräfte würden von 1500 sowjetischen Militärberatern unterstützt. Dagegen wies der afghanische Vizeaussenminister Wahid Abdullah inzwischen jeden Verdacht einer Truppenkonzentration im Grenzbereich seines Landes scharf zurück.

Auch in Italien laeuft der Tourismus

(Fortsetzung v. S. 4)

...ie bestätigen kann, wo ... in Pinienhainen wilde ...halden stinken und rau-...

...n anderen und besonders ...gsvollen Ausländerschreck ...m in seiner Legion Halb-... die den Taschendiebstahl ...och das Ausplündern von ...mittlerweile zu einem re-...ten Broterwerb entwickelt. Die Polizei, so heisst es, ...chtlos gegen diese Plage. ...mus-Funktionäre auf der-...gänge angesprochen, ver-...hen meist die misslichen ...ungen; prozentual fielen ...ingen mit Dieben nur ...minimal ins Gewicht. Der ...er englischen Reisegesell-... die binnen weniger Tage ...geschröpft wurde, sei eine ...Ausnahme, vermutlich ...ser Harmlosigkeit zuzu-... Grössere Sorge berei-...richten über die Mee-...nutzung, die ins Aus-...ngen und dort vielleicht ...diplomatisch genommen ...so die jüngst verfügten ...ren an vielen Strandab-...von Genua bei La Spe-...e bei Chioggia (Venedig). ...gemeinerungen sind in ...unzulässig. Hinweisen ...chmutzte Meeresabschnit-... Beispiel die römische ...der den Golf von Nea-...en sich — bei 7500 Kilometer italienischer Küste — solche auf Gebiete entgegenhalten, in denen viel zur Lösung des Abwasserproblems geschehen ist (voran in der Romagna und auch in Ligurien). Und natürlich sind die italienischen Inseln und, von den städtischen und industriellen Zonen abgesehen, der Mezzogiorno von den Schattenseiten der modernen Zivilisation noch kaum berührt; das Meer ist also nicht nur an der Costa Smeralda smaragdgrün bis azurblau.

Das soll freilich nicht heissen, dass in Gemeinden am Meer, die nach wie vor zum grössten Teil ohne Kläranlagen sind, die Kloaken weiter ins Meer fliessen. Die derzeitige öffentliche Geldknappheit könnte leicht dazu verleiten, die Umweltschutzplanungen wieder einmal zu vertagen. Die Vermutung, dass sich das „Modegezeter" über die Meeresverseuchung wieder beruhigt, dass Katastrophen wie die Choleraseuche vom Herbst 1973 alsbald vergessen seien, wäre freilich eine gefährliche Fehlrechnung. Von einer grossen ausländischen Reiseagentur musste sich die Turiner Stampa sagen lassen: „Da habt ihr nun die Goldgrube (das Meer) im Haus und lasst sie einfach verkommen. Wenn ihr so weitermacht, ist all unser Geschäft in wenigen Jahren kaputt."

Konflikt um einen Diplomatenhund

Ein Pinscher namens Leon hatte die nicht durchweg freundliche Aufmerksamkeit der britischen Oeffentlichkeit auf sich gezogen. Das Tier gehört dem argentinischen Botschafter in London, Manuel Anchorena, und ist von Beamten des Landwirtschaftsministeriums „festgenommen" worden.

Obwohl anscheinend kerngesund, wird es sechs Monate in Quarantäne verbringen müssen. Leon war nämlich vor zwei Monaten nach Grossbritannien eingereist, ohne zu bellen, als er an der Seite seines Frauchens an jenen Beamten vorbeitappte, die ihn eigentlich hätten in Quarantäne schicken müssen.

Dieser Prozedur muss sich jedes ausländische Tier unterziehen, das britischen Boden betritt, um ein Wiederaufleben der im Vereinigten Königreich erfolgreich bekämpften Tollwut zu verhindern. Ein entsprechendes Gesetz droht Geldstrafen in unbegrenzter Höhe, zudem Gefängnis bis zu einem Jahr all jenen an, die mitgebrachte Tiere nicht melden.

Die Botschafterfrau versicherte, sie habe den Pinscher keineswegs versteckt, sondern sei ahnungslos an den Beamten vorübergegangen, ohne gestoppt zu werden. Ein Sprecher der britischen Tierärztlichen Gesellschaft liess jedoch Zweifel erkennen: „Dies ist ein weiteres Beispiel für Leute in hohen Stellungen, die es besser wissen müssten, sich **jedoch dreist über die Gesetze dieses Landes hinwegsetzen.**"

Auch das Auswärtige Amt ist auf den Hund zu sprechen gekommen. Es beschwichtigte: „Am wichtigsten ist, dass sich der Hund nun in Quarantäne befindet." Darüber hinaus jedoch erwägt das Amt angeblich, alle Diplomaten auf diplomatische Weise daran zu erinnern, dass sich die diplomatische Immunität nicht auf ihre Haustiere erstreckt.

Massenvernichtung von Vögeln in Belgien

Die Armee ging zum Angriff ueber

Von unserem Benelux-Korrespondenten
HERMANN BLEICH

Angehörige der belgischen Armee führen einen erbarmungslosen Krieg gegen Stare im Obstzentrum der Provinz Limburg, die als eine Bedrohung der Kirschenernte betrachtet und deshalb mittels Dynamit ausgerottet werden. Diese als ein Skandal gebrandmarkte „militärische Aktion" hat zu heftigen Protesten von Tierschutzorganisationen im In- und Ausland geführt. Wieder einmal macht Belgien in unliebsamer Weise beim Vorgehen gegen Vögel von sich reden — nach dem widerlichen Vogelfang nun der Vogelmord.

80.000 Stare wurden in Vreren bei Tongeren mit 300 kg Dynamit getötet. Gleichartige Aktionen fanden in andeen Gegenden statt, so dass innerhalb von zehn Tagen 130.000 Stare getötet wurden. Spezialisten der Armee hatten bereits einige Tage zuvor die Lebensgewohnheiten ihrer zukünftigen Opfer an Ort und Stelle studiert. Sodann wurden kleine Sprengungen in den Schlafstellen der Vögel angebracht. Dynamitstäbe wurden auch an Baumzweigen aufgehängt. Durch die gewaltige Explosion sprangen anfänglich zahlreiche Fensterscheiben in den Häusern der Umgebung, der materielle Schaden war gross. Später wurde die Bevölkerung rechtzeitig gewarnt und aufgerufen, Fenstern und Türen zu öffnen, um keinen Schaden durch den Luftdruck der Dynamitexplosion zu erleiden.

Das belgische Landwirtschaftsministerium rechtfertigte auf einer Pressekonferenz den Kampf gegen die Stare mit Hilfe der Armee. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Zahl der Stare in den Obstgebieten seit einigen Jahren sehr stark zugenommen habe. Ursprünglich habe man versucht, ihrer mit Netzen und Fangkäfigen Herr zu werden, aber da diese Methoden nicht ausreichend gewesen seien, habe man zu anderen Mitteln greifen müssen. Gleichzeitig wurde versichert, die Sprengstoffaktion bedeute für 90 Prozent der Vögel den sofortigen Tod, und man sorge dafür, dass die verwundeten Vögel rasch erlöst werden. Im übrigen gaben Vertreter des Landwirtschaftsministeriums der Hoffnung Ausdruck, dass es der Wissenschaft bald gelingen möge, andere Methoden gegen die Starplage zu finden.

Sehr zufrieden und überzeugt von der Richtigkeit des heutigen Vorgehens gegen die Stare sind nur die Obstzüchter. Sie erklären, dass 3000 bis 4000 Familien grossenteils von ihrer Kirschenzucht leben, deshalb bedeute für sie ein durch Stare verursachter Schaden von 40 bis 50 Prozent eine Katastrophe.

Demgegenüber wird in den heftigen Protesten der Tierschutzverbände darauf hingewiesen, dass die Dynamitaktionen völlig überflüssig gewesen seien, denn die Kirschenernte sei in diesem Jahr doch grossenteils durch Regen und Hagel missglückt. Abgesehen davon werde das Problem der Stare in anderen Ländern auf eine ganz andere Weise angepackt.

Die zerstörten Wälder in der belgischen Kirschengegend bieten einen traurigen Anblick. Man sah nach dem „militärischen Eingreifen" verkrüppelte Vögel, Vögel ohne Flügel und auf einem Bein hinkende Vögel. Die Kirschenzüchter aber betrachten die Armee als Retter in der Not.

DAS WORT HAT der Leser

EIN WORT ZU UNSERER POSTZUSTELLUNG

Was ihr Herr BIEL in seinem Artikel „Kinder als Briefträger" so treffend beleuchtet, habe ich bereits in einem Brief v. 16. November 1964 an den Herrn Postdirektor angeprangert. Eine Antwort auf mein damaliges Schreiben ist allerdings bis heute weder eingegangen, noch ist eine Besserung in den chaotischen Zuständen der Postzuteilung eingetreten, speziell wenn die Urlaubszeit beginnt. Als mir der zuständige Briefträger für unseren Bezirk Ende Mai das schmerzlich süsse Geheimnis verraten hat, dass er in zwei Tagen für zwei Monate in Urlaub gehe, da ahnte ich, was uns in den kommenden Monaten in bezug auf die Bedienung erwarten würde. Auf meine Frage nach seinem Vertreter zeigte er auf einen in seiner Begleitung gewesenen schwarzgelockten „Pilzkopf", bei dessen Anblick sofort der Verdacht in mir aufgestiegen ist, dass es sich bei diesem Jüngling um einen Analphabeten handeln müsste. Der darauf folgende Tag hat diese meine Annahme dann auch vollauf bestätigt. In meinem Briefkasten befanden sich Briefe und Karten, darunter auch Bankzuschriften, die weder meinen Namen noch meine Hausnummer trugen und für „Moishe Juckel und Jente Mirle" bestimmt waren, für Leute jedenfalls, die mir selbst dem Namen nach völlig unbekannt waren. Die folgenden zwei Tage waren gänzlich postfrei, bis dann am vierten eine andere Gestalt auftauchte, die der ersten an Ungeschicklichkeit und Unkenntnis sowohl der lateinischen als auch der hebräischen Adressenüberschrift in nichts nachstand.

Wir mokieren uns über die chaotischen Postzustände in Italien! Geht es bei uns während der Urlaubszeit des zuständigen Briefträgers, während seiner Krankentage und während der Zeit seiner evtl. Einberufung zum Militärdienst denn anders zu?! Gehen bei uns nicht ebenfalls Werte verloren, die man verheimlicht und die ängstlich verschwiegen werden?! Jeder fege also vor seiner Türe. In Hauptstrassen, wie es die Ben Jehuda und Gordonstrasse nun einmal sind, setzt man für die altbewährten Beamten Vertreter ein, die vom „Tuten und Blasen" keine Ahnung haben und die man einen Tag, bevor der Beamte in Urlaub geht, sozusagen „einarbeitet". Dass dem Postboten Urlaub zukommt, steht ausser Zweifel. Aber muss er durchaus auf einmal gleich zwei Monate Ferien bekommen?

Scheinbar war es ihm selbst unangenehm, denn einen Tag vor Antritt seines Urlaubs bemerkte er, dass er wahrscheinlich nur einen Monat wegbleiben würde. Nach Ablauf von 1½ Monaten kehrte er dann am 15. Juli zu seiner Arbeit zurück und mit einem breiten Grinsen erkundigte er sich gleich, wie es denn während seines Urlaubs mit der Postzustellung geklappt hätte? Er vertröstete mich mit dem Hinweis darauf, dass ich nun keine Angst zu haben brauche, denn bis zum nächsten Jahre ginge er nun nicht mehr in Ferien. Ich vergass nur, ihn zu fragen, ob er das gregorianische oder das für uns am 17. September beginnende „Neue Jahr" meint. Für diese freudige Eröffnung erwartete er von mir wahrscheinlich einen „klingenden, warmen Händedruck", der ihm normalerweise von mir auch nicht versagt bleibt.

Die oben angeführten Tatsachen sollten dem Post-, oder wie er sich heute nennt, dem Kommunikationsminister, zum Nachdenken Anlass geben, wie diesem Uebelstand und diesen Unzulänglichkeiten im Interesse der Bevölkerung abgeholfen werden kann. Alle seine Amtsvorgänger haben dieses Kunststück leider nicht zustande gebracht.

Walter Friedmann

ADIO und FERNSEHEN

...NNTAG, 28.7.1974

...richten zu jeder Stunde.

...rogramm A und B (Tischa be'Aw):

...Morgenkonzert — Werke ...nteverdi, Schuman, Mo-... ...05 Programm über Ti-...'Aw; 11.05 Iwrit; 11.20 ...nd Gespräche über Jeru-... 12.05 Mittagskonzert: ...en; 13.05 Tagesneuigkei-... ...30 Chorgesänge; 14.10 ... Volksgeschichten; 15.05 „Das Buch Echa", Raw ...teinsalz; 15.30 Volkslie-... ...55 Jüdische Ausdrücke — 17.05 Kammermusik; ...en, Schumann; 18.05 ...be'Aw-Programm.

...Programm A:

...Lieder; 19.50 Tenach; 20.05 Das Israelische Kammerensemble spielt Werke von Hugo Wolff, Debussy, Prokofieff, u.a. 21.25 Künstler von gestern; 22.05 Der Vorhang geht auf; — 23.05 Kammermusk.

Programm B:

6.10 Klagelieder; 7.25 Lieder; 21.05 Die Schallplattenbibliothek zu Ihrer Verfügung; 22.05 Programm von Meni Beer: 23.05, 00.05 Adom atik.

Militärsender:

6.05 Guten Morgen; 7.05 Morgenklänge; 8.05, 12.05 17.05 00.05 Zahalchronik; 9.05, 10.05 Grüsse mit einem Lied; 9.55 u. einige Male während des Tages: Programm über Tischa be'Aw; 13.55 Mitteilungen für Soldaten; 14.05, 15.05 Nachmittagsprogramm: 17.40 Lieder; 18.05, 19.05 Sportnachrichten: 22.05, 23.05 Lieder und Gespräche; — 23.35 Mitternachtsgespräch.

Schulfernsehprogramm:

16.00 Handarbeit; 16.13 Englisch; 6.32 Tischa be'Aw-Programm; 16.48 Programm über Jerusalem: 17.02 Schach.

Fernsehprogramm:

17.30 Nachrichten; 17.32 Kinderprogramm — Der Tempelplatz; 17.55 Die Vertreibung der Juden aus Spanien; 18.30 Arabisches Programm: Nachrichten, Sami und Susu, Film; 20.00 Jugendprogramm; 20.30 Mabat: 21.00 So ein Dieb; 21.50 Drama: Platanow von Tschechow: 23.45 Tagesabschnitt — Nachrichten.

APOTHEKEN- UND AERZTEDIENST

Sonntag, nachts bis 23.00 Uhr: King George 46, Tel. 226208, Ben Jehuda 183, Tel. 242673.

Ramat Gan und Umgebung: Derech Negba 38, Tel. 743159.

Bnei Brak: Rabi Akiba 62.

Petach Tikwa: Chafez Chaim Str. 6.

Herzlia und Umgebung: Raanana. Achusa.

Bat Jam: Balfour 45.

Cholon: Sokolow 68.

Natania: Weizmann 13, Tel. 23866.

Ramla — Lod: Ramla, Herzl 75.

Beer Schewa: Merkas Gal Ed Chadasch, Derech Hanessiim.

Haifa bis 21 Uhr: Kirjat Jam B, Tel. 713890; ab 21 Uhr: MDA, Tel. 512233, Kirjat Elieser.

AERZTEDIENST:

Tel Aviv: Dr. Har Ewen Epsteinstr. 6, Tel. 443281

Magen David Adom: Aerzte Nachtdienst T.-A. Tel 614333 oder 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

Kupat Cholim „Maccabi" T.-A. MDA Tel. 101 Gusch Dan: MDA, Hagilgalstr. 42 Tel. 781111, Ramat Gan; Aschdod; MDA, Tel. 22222; Natania: MDA, Tel. 23333: Bat Jam: MDA Telefon 863333 Cholon: MDA. Tel. 843132; Petach Tikwa: MDA, Tel 912333 Zitat: MDA, Tel. 101; Rechowot: MDA. Telefon 951333 Rischon Lezion: MDA. Telefon 942333; Herzlia: MDA. Tel 981333; Haifa: MDA, Tel. 101 Jerusalem: MDA, Tel. 101 Arad- MDA. Tel 057-97222.

Kupat Cholim Merkazit: 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens: MDA, Tel. 101 Dr. Watts Allenbystr. 50, Tel. 50888 (nur tagsüber): Dr Marc Dona. Hachasmonaistr. A. Tel. 248228

Kupat Cholim „Assaf": Tel Aviv: Tel. 101: Gusch Dan. Tel 781111; Bat Jam: Tel 863333: Cholon: Tel. 843133 Haifa Allgemeiner und Kinder arzt. Tel. 254630.

KINOPROGRAMM

TEL-AVIV:

ALLENBY: The Sting
BEN JEHUDA: Cinderella Liberty
CINEMA ONE: Some Like it Hot
CINERAMA: My Name is Nobody
CHEN: Snow-White and the Seven Dwarfs
DEKEL: Serpico
DRIVE-IN: 8.00—10.00: The Magic of Walt Disney World
ESTHER: Papillon
GAT: Avanti
GORDON: Indian Summer
HOD: Park of Love
LIMOR: Tom Sawyer
MAXIM: Le Grand Bazar
MOGRABI: The Wedding Night of Dr. Daniel
ORDAN: Don't Look Now
OPHIR: The Outfit
ORLY: Abu-al-Banat
PARIS: Cries and Whispers
PEER: La bonne Annee
TCHELET: Go West
STUDIO: Big Eyes
TEL-AVIV: The Three Musketeers
ZAFON: My Name is Nobody

RAMAT GAN:

KINO LILLY: 7.15 und 9.30 Uhr: Waterloo Bridge — Robert Taylor, Vivian Leigh (3 Woche); 4.00 Uhr: Tarzan.

JERUSALEM:

CHEN: My Name is Nobody
EDEN: The Sting
EDISON: The Way of the Tiger
MITCHEL: Deux Hommes Dans La Ville
ORNA: The Way we Were
HABIRAH: Don't Look Now
JERUSALEM: The Poseidon Adventure
ORGIL: Big Eyes
ORION: Sarit
SEMADAR: The Day of the Jackal
RON: Park of Love

HAIFA:

AMPHITHEATRE: I am a Nymphomaniac
ARMON: The Sting
ATZMON: My Name is Nobody
CHEN: Showdown
MIRON: The Invisible
ORDAN: Kazablan
MORIAH: Butterflies Are Free
ORION: Duel in Tiger Town
ORAH: Crazy Joe
ORLY: Bis Eeyes
PEER: The Son of the Wolf
RON: Gone With the Wind
SCHAVIT: Dorian Gray

...ar/e komödie

חדשות ישראל — ECHO DES TAGES

התישבות בלתי חוקית

שר ההסברה יריב צדק בקובעו שהתיישבות חדשה בשטחים תהיה גם בעתיד אפשרית אך ורק באישורה של הממשלה.

צעדם של המתנחלים בסבסטיה היה איפא מנוגד למדיניותה של הממשלה ולחוק המדינה. אולם מתקבל על הדעת כי גם בלעדי התערבותה של הממשלה היה מפעלם ניכשל וזאת בגלל הקשיים הקשורים במים, חשמל ומקורות פרנסה שלא יתכנו בלעדי עזרה ממשלתית וקשה להאמין שהמתנחלים קיוו לעזרתה של הממשלה על אף שהם ביצעו את ההתנחלות בניגוד לדעתה.

גם אם במקרה הנידון מדובר בצעירים שהיו מוכנים לוותר על פרנסתם בעיר ולעבור להתיישבות בשטחים, הם ללא ספק לא חישבו מספיק את צעדם, שכן הם לא באו בדברים עם הגורמים הנוגעים בדבר, בכדי לקבוע לעצמם נקודת התיישבות שהיא לא פחות חשובה מסבסטיה.

אם אמנם תיאלץ הממשלה להפעיל כוח בכדי לסלק את המתנחלים מסבסטיה — דבר שאינו כלל סימפטי — בכל זאת חייב החוק הסדר במדינה להישמר.

עם זאת ישמש המקרה של סבסטיה לקח לעתיד.

י. א. פ

UNGESETZLICHE ANSIEDLUNG

Informationsminister Jariw war im Recht, als er feststellte, dass eine Ansiedlung nur dort möglich sein soll, wo sie von der Regierung bestätigt ist und, dass die neue Kolonisation ein ordnungsgemässer Prozess sein soll. Das Vorgehen der Ansiedler von Sebastia war in gewissem Umfange dilettantisch, und selbst wenn der Staat nicht mit Gewalt gegen sie vorgehen wollte, müsste ihr Unterfangen mangels Mitteln scheitern, denn aus den Erfahrungen anderer Orte wissen wir, wie schwierig Kolonisation ist und welche Ausgaben zu ihrer Erhaltung erforderlich sind. Lieder und Beibringen von Torarollen werden die harten Alltagsnotwendigkeiten, die hier nur durch die Worte Wasser, elektrischer Strom und Beschäftigung umschrieben werden sollen, nicht aus der Welt schaffen können.

Dennoch muss das Vorgehen der Ansiedler bei Sebastia uns zum Nachdenken veranlassen. Seit Jahren wird bei uns über die Notwendigkeit gesprochen, neue landwirtschaftliche Punkte zu gründen, und oft genug kommen Projekte nicht zustande, weil es an Menschen fehlt. Die „Begeisterung ist verschwunden" — sagt man uns, es gibt keine Nachhut für eine weitere Siedlung, und siehe in Sebastia fanden sich Menschen, die nach ihren eigenen Worten ihre Existenz opferten und bereit waren — vielleicht aus einem falsch verstandenen Idealismus heraus — sich an einen Punkt zu begeben, der ihnen wichtig erschien. Hier gab es auf einmal Siedlungsbereitschaft, und wir müssen uns fragen, ob nicht Regierung und Sochnut grosse Fehler begangen und es nicht verstanden haben, rechtzeitig diese Kreise zu erfassen und sie an Punkten einzusetzen, die für Israels Zukunft nicht weniger wichtig sind als gerade Sebastia in der Nähe von Nablus. Probleme dieser Art müssten sich regeln lassen, und die „partisanischen" Siedler, die sich unbedingt in der Nähe von Kuneitra niederlassen wollten, konnten unweit des Ortes untergebracht werden.

Das Nachdenken ist noch nicht beendet: Auch wenn wir das Vorgehen der Ansiedler von Sebastia für falsch halten, dürfen wir nicht vergessen, dass wir mit Juden über Ziele des Zionismus debattieren, und dass es einem Juden — und Zionisten — bei aller Betonung des Ordnungsprinzips unangenehm sein muss, diesen Siedlern gegenüber als Buettel des Königs Hussein und nationalistischer Araber aufzutreten, um die Gegend „judenrein" zu halten.

Schliesslich können die Siedler von Sebastia sich auf eine ganze Reihe von Aeusserungen führender Regierungsmänner berufen, die ihnen nicht gerade Unrecht geben: Dayan trat in der Knesset in aller Oeffentlichkeit dafür ein, dass Juden sich in allen Teilen des Westufergebietes niederlassen können. Nehmen wir in diesem Falle Dayan als „Oppositionellen", so bleiben noch Galili und Rabin selbst übrig. Galili hat mehrfach erklärt, es gebe keinen Regierungsbeschluss, der einen Teil des Westufergebietes ausdrücklich von der Ansiedlung ausschliesse, man gehe nur nach einer Dringlichkeitsliste vor, und Rabin hat erst am Donnerstag wieder betont, dass Truppenentflechtung nach dem Wunsch des König Hussein nicht in Betracht kommt. Auch in den Männern der Regierung leben Vorstellungen, die Ansiedlung im Westufergebiet nicht ausschliessen, und völliger Verzicht auf dieses Territorium ist nicht ihr Ideal.

Verteidigungsminister Schimon Peres hatte in seinen Ausführungen im Fernsehen ähnliche Vorstellungen vertreten, hatte jedoch zugleich darauf hingewiesen, dass das Gesetz und die „Dringlichkeitsliste" der Regierung beachtet werden muss. Dieses Prinzip sollte alle in unserem Staate, als einer Demokratie, beseelen.

Unter diesen Umständen darf man sich nicht wundern, wenn die „Partisanen" von Sebastia aus den Äusserungen von Regierungsmännern moralische Rechtfertigung beziehen wollen. Die Vorgänge bei Sebastia müssen jedoch auch eine Warnung nach aussen, besonders an den König Hussein sein. Der kleine Monarch spielt sich als Filialleiter Sadats auf und glaubt, dass er in der ersten Phase Truppenentflechtung und in der zweiten Phase Uebergabe des Westufergebietes einschliesslich von Ostjerusalem erreichen kann. Die Probleme in Israel, die Verpflichtung der Regierung Rabin, territoriale Veränderungen im Westufergebiet erst nach einer Wahl zu entscheiden, interessieren ihn nicht. Wird er diese Politik weiter befolgen, so dürfte er bittere Enttäuschungen erleiden, und er kann auf Erfolge im Westufergebiet nur hoffen, wenn er sein bisheriges stures Räumungsschema aufgibt. Der Zustand von 1967 wird nie wieder hergestellt werden, und wenn der König sich auf eine Funktionsstellung im Westufergebiet etwa nach den Ideen Dayans einlassen würde, wird er das Maximum dessen erreichen, was für ihn denkbar sein kann.

J.E.P.

Beratungen der MERI-Bewegung

Die Leitung der Meri-Bewegung trat gestern zu einer Erörterung des Themas zusammen. In einer danach erfolgten Verlautbarung wird die Regierung der Kapitulation vor den Siedlern bezichtigt und die sofortige Demolierung der Siedlung gefordert.

Moked protestiert

Die Moked-Bewegung protestierte, dass die Polizei Demonstranten auf dem Landsitz des Knessetabgeordneten Scharon mit Gewalt auseinandergetrieben haben, wogegen die Regierung vor einer Aktion gegen die Siedler von Sebastia zurückgeschreckt sei. Moked verlangt die unverzügliche „Liquidierung" der neuen Siedlung.

Siedlungsversuch bei Sebastia erregt die Gemueter

Zadok: Zahal hätte eingreifen müssen

Justizminister Chaim Zadok erklärte in einem Rundfunk-Interview, die Sicherheitskräfte werden in Zukunft Siedlungsversuche unter jeden Umständen verhindern müssen, wenn die Besiedlung illegal erfolgen soll. Er liess durchblicken, dass eine Untersuchung des Vorfalles erfolgen werde und sagte: Zu diesem Thema muss der Verteidigungsminister befragt werden. Die Regierung beschloss, die Siedler hätten bedingungslos die Eisenbahnstation zu räumen. Sie habe den Siedlern n i c h t s versprochen. Wenn sich jedoch irgendeine Gruppe an die Regierung wandte oder wenden sollte, wird das Kabinett jedes Siedlungsgesuch erörtern. Unter dem Druck von Siedlern, die das Kabinett vor ein Fait accompli, also vor vollendete Tatsachen stellen, wie dies bei Sebastia der Fall war, kommt ein Siedlungsgesuch nicht in Frage. Der Minister sprach die Hoffnung aus, dass die Siedler aus gutem Willen freiwillig die Eisenbahnstation verlassen werden. Er sagte, man werde nichts unversucht lassen, um amtliche Gewaltanwendung zu verhüten. Andererseits müsse dem Recht zur Anwendung verholfen werden. Israel muss ein Rechtsstaat bleiben.

MENACHEM BEGIN: KEIN VERZICHT

Menachem Begin erklärte, die Araber wünschen keinen Frieden mit Israel. Deshalb dürfe auf keine Teile von Judäa und Samaria Verzicht geleistet werden. Der Name „Palästinenser" soll von israelischen Ministern nicht verwendet werden, da diese Bezeichnung irreführend ist. Selbst über einen zukünftigen „jordanisch-palästinensischen Staat" sollte in keinem Regierungsbeschluss gesprochen werden.

Begin sagte, er habe zwischen den Siedlern und der Regierung am Freitag vor der Kabinettssitzung vermittelt und einen Kompromiss erzielt. Die Regierung sei bereit die Siedler in einem benachbarten Armeelager unterzubringen, bis in der Siedlungsfrage eine Lösung gefunden werden wird.

Mapam tritt heute zusammen

Die Mapam-Leitung wird heute zu einer Sondersitzung wegen der illegalen Ansiedlung bei Sebastia zusammentreten und über die Haltung der Parteivertreter in der Regierung bestimmen. Der politische Sekretär Naftali Feder erklärte, es handle sich bei der Hitnachalut um eine Provokation, die nicht hingenommen werden darf.

Mord in Kafr Aral

Im Dorfe Araba im Unter[...]
lil wurde gestern ein etwa[...]
jähriger Mann ermordet un[...]
ne Frau schwer verletzt. [...]
3.30 Uhr wurde eine Han[...]
nate in das Zimmer des [...]
schen Ehepaars geworfen. [...]
Untersuchungen ergeben, d[...]
sich um eine selbstgeba[...]
Handgranate handelte. Sech[...]
milienangehörige der Frau [...]
vor acht Jahren gegen den [...]
len ihrer Familie heiratete, [...]
den polizeilich festgenomm[...]

Kabinett beschloss: KEINE KOMPROMISS-LOESUNG

Gesundheitsminister Schemtow erklärte im Kibbuz Maabarot die Regierung habe nicht auf ihrer Freitagsitzung beschlossen, eine Kompromisslösung mit den illegalen Siedlern anzubahnen. Man dürfe sich mit ihnen in keinen Handel einlassen. Die Regierung gehe eine schwere Prüfung durch und müsse dem Recht zum Sieg verhelfen, da sonst Anarchie unserem Lande drohen und die Demokratie untergraben werde.

Ähnlich sprach sich Jehuda Schaari auf einer Parteisitzung der Unabhängigen Liberalen in Tel-Aviv aus.. Die Demokratie sei gefährdet. Aktionen w[...] von Sebastia dürfen kein[...] geduldet werden.

DEMENTI

Verschiedene Kabinettsm[...]
der dementierten gestern [...]
drücklich eine Erklärun[...]
dem Munde der Oppositio[...]
die Regierung den Siedler[...]
geschlagen habe, in einem [...]
tärlager vorläufig zu lebe[...]
nach ihnen die Gründung [...]
Siedlung irgendwo zehn K[...]
ter von Nablus entfernt [...]
schen dem Bergland un[...]
Senke" gestattet werden [...]
Das Thema wird heute vo[...]
binett behandelt werden.

Oeffentlichkeit reagiert: Demokratie ist in Gefahr

(A.Ye) — Zahlreiche Persönlichkeiten äusserten sich zu der Siedlungsaktion von Sebastia. Die Reaktionen entsprechen allerdings durchaus emotionellen Beweggründen und den politischen Auffassungen der Befragten. Einhellig waren jedoch die Meinungen bezüglich des aufrührerischen Charakters gegenüber der Regierung, sowie der Verdacht, dass hochgestellte Persönlichkeiten und Armeeoffiziere in die heikle Angelegenheit verwickelt sind. Sonst wäre eine Erklärung der Tatsache, dass sich eine grosse Menschenmenge mit Autos und Nachschub viele Kilometer tief in das Herz des besetzten Westufergebietes unbeobachtet bewegen konnte, nicht möglich.

Offiziell hiess es noch am Donnerstagabend, die Behörden und die Armee seien durch die Ankunft der Siedler in der alten türkischen Eisenbahnstation von Sebastia überrascht worden. Würde diese „Ueberraschung" auf Wahrheit beruhen, müsste man ausserordentlich besorgt zukünftiger sicherheitspolitischer Entwicklungen harren. Viel eher ist jedoch anzunehmen, dass gewisse Militärpersonen und andere Persönlichkeiten „ein Auge zudrückten" und vielleicht sogar im Stillen die Aktion guthiessen. Eine Untersuchung dieser Affäre wäre sicherlich von Nöten, da die Angelegenheit, wie politische Beobachter melden, eine weitgehende Demoralisierung in Behörden und Oeffentlichkeit zur Folge haben kann. Die Autorität der Regierung ist in wahrem Sinn äusserst gefährdet.

MdK Meir Pejil (Moked) erklärte, dies sei eines der ernstesten Geschehnisse in der jungen Geschichte Israels. Der politische Schaden ist derart gross, dass er noch nicht eingeschätzt werden kann. Arabische Gewaltakte sind als Folgeerscheinung zu befürchten. Ich würde mich nicht wundern, wenn es zu Demonstrationen in Nablus und zu Gegenaktionen im arabischen Lager kommen sollte. Zahal wird zum Schutz der Siedler eingesetzt werden müssen. Der Knessetabgeordnete sagte, es könnte sogar zu Siedlungsaktionen der Araber in verlassenen Dörfern wie Sumail kommen. Was in Sebastia geschah, ist einer der skandalösesten Vorfälle auf sicherheitspolitischem Gebiet. Wenn Frauen, Kinder und Männer mit vollbeladenen Autos, auf denen auch grosse Stacheldrahtrollen u. zusammengelegte Zäune, Zelte, etc. lagen, bis Sebastia vordringen konnten, ohne von Zahal entdeckt zu werden, weiss man nicht mehr, was man denken soll...

Die nationale Einheit ist erschüttert, demokratische Entscheidungen werden aus dem Wind geschlagen, sagte Knessetabgeordneter Mosche Carmel. Auch unser Siedlungswesen hat einen Schlag erhalten. Die Regierung hat über Ansiedlungen und Siedlungspolitik zu entscheiden. „Was sich gegenwärtig in Schomron ereignet, stellt einen schweren Schlag gegen das demokratische Regime dar. Jeder will heute auf eigene Faust Entscheidungen treffen und seine eigene Politik machen. Es ist zu bedauern, dass Knessetabgeordnete diese Gruppe unterstützen und für unverantwortliche Taten eintreten, die sich letzten Endes gegen unsere demokratisch gewählte Regierung richten. Dies kann nicht mehr als Opposition bezeichnet werden. Die Regierung und Knesset sind zu schärfsten Massnahmen gezwungen, um für alle Zukunft eigenwillige und unbefugte Aktionen dieser Art auszuschalten.

Prof. Amnon Rubinstein von der „La-Schinui" - Bewegung reagierte mit dem Hinweis, dass unsere gegenwärtige Regierung mit demokratischen Mitteln gewählt worden ist. Die Opposition unternimmt Aktionen, die die Autorität der Regierung gewaltsam untergraben will. Dabei werden Mittel angewendet, die — rechtlich betrachtet — in demokratischen Ländern verboten sind. Knessetabgeordnete missbrauchen ihre Immunität. Wir sind Zeugen eines Aufstandsversuches, des Versuches, die Bevölkerung gegen die Regierung aufzuwiegeln und mit Gewaltmitteln Befugnisse der Regierung auszuschalten. Gesetz und demokratisches Regime sind durch die Vorfälle in Frage gestellt worden.

Prof. Rubinstein erklärt, wer die Dinge so sieht wie ich, kann nicht gleichgültig zur Tagesordnung übergehen und den Geschehnissen die Augen verschliessen. Hier geht es nicht um die Frage, wer für oder gegen Hitnachlujot in den besetzten Gebieten eintritt. Wir stehen vor einer Entscheidung für oder gegen das bestehende Regime im Lande.

KABINETT MUSS UNSERE DEMOKRATIE IN SCHUTZ NEHMEN

MdK Meir Talmi, Generalsekretär der Mapam-Bewegung, erblickt in dem Ansiedlungsversuch in Sebastia einen demonstrativen Schritt, durch den Tatsachen gegen den Willen der Regierung geschaffen werden sollen. Vor allem will ein Teil der Bevölkerung, von oppositionellen Knessetabgeordneten geleitet, gegen die vergangene Woche gefassten Beschlüsse des Kabinetts bezüglich der Verhandlungen mit Jordanien und einer Regelung der Palästinenser-Frage, vorgehen. Die Regierung muss die Demokratie unseres Landes verteidigen. Auf Grund unserer Gesetze hat die Regierung die Pflicht, ungesetzlich gegründete Siedlungen zu demolieren und keine Schaffung ungesetzlicher Tatsachen zuzulassen. Die Verantwortlichen für die Aktion von Sebastia sind vor Gericht zu stellen.

Nicht weniger ernstzunehmen ist die Errichtung eines Stacheldrahtzaunes und die Anweisung zu passiver Resistenz. Hier werden Jugendliche zum Widerstand gegen unsere Armee erzogen. Vor den Folgen dieser „Erziehung" kann nicht genug gewarnt werden. Regierung und Oeffentlichkeit müssen öffentlich erklären, dass sie sich mit solchen Aktionen nicht abfinden werden, schloss Meir Talmi seine Erklärungen, die in Beantwortung von Fragen einiger Pressevertreter am Freitag erfolgten.

INTERPELLATION AN DIE KNESSET

Der Likud richtete eine Interpellation an den Knessetvorsitzenden und an den Sicherheitsminister. In der Frage heisst es, die Partei wolle wissen, wer den Militärgouverneur bevollmächtigte, dem Bürgermeister von Nablus mitzuteilen, dass die Armee die Siedler aus Sebastia evakuieren werde.

MdK Amnon Lin (Likud) sagte, nun sei die Frage aufgeworfen, ob Städte durch jüdische Siedler in Judäa und Samaria gegründet werden können. Seiner Meinung nach sollten 3 Städte errichtet werde: Schomron, Bet El und Maale Haedomim.

JOSEF TAMIR ÜBT KRITIK

Das Leitungsmitglied des Likud, MdK Josef Tamir, übte öffentlich an den Siedlern von Sebastia Kritik.

Der Abgeordnete sagte, alle guten Absichten sind nicht abgewogen und gefährden die Demokratie unseres Landes. Vor einer Woche, sagte Tamir, habe die Likud-Leitung den Beschluss gefasst, eine Körperschaft zur Organisierung staatlich unterstützten u. geförderter Siedlungsgründungen zu errichten. Niemand habe damals über derartige „Siedlungsplanung" gesprochen, wie sie bei Sebastia beobachtet worden ist.

Zehn Persönlichkeiten distanzierten sich offiziell von dem Unternehmen in Sebastia: Die Alufim (Res.) Jochai Ben Nun und Meir Sorea, Amichai Paglin, Dr. Israel Peled, Jizchak Ziw Aw und Prof. A. Rubinstein von der Schinui-Bewegung. Die Unterzeichner des Aufrufes stellen fest, dass unser Rechtsstaat durch derartige Aktionen erschüttert und demoralisiert werden könnte.

600 Polizisten gegen Moked- und Mapam-Demonstranten im Negew

600 Polizisten mussten am Freitag eingesetzt werden, um Mitglieder der Moked-Bewegung und der Mapam aus dem Landgut des Knessetabgeordneten Ariel Scharon zu vertreiben, wo sie aus Protest gegen die Besiedlung bei Sebastia ein Zeltlager errichtet und die Gründung einer Siedlung bekannt gegeben hatten.

36 Demonstranten wurden verhaftet. Ein Polizist, den eine Demonstrantin biss, wurde zwecks ärztlicher Behandlung in das Zentralkrankenhaus in Beer Schewa eingeliefert.

Der Landsitz des Knessetabgeordneten Scharon befindet sich bei Beer Schewa in der Nähe des Kibbuz Dorot. Als die Demonstranten das Gut betraten, kam es zu einem Handgemenge, bei dem ein Arbeiter des Gutes verletzt wurde.

Zu den Demonstranten gesellten sich neben Kibbuzmitgliedern des Haschomer Hazair au[...]
Kerem Schalom auch Mok[...]
hänger und Mapam-Mitg[...]
die aus Tel-Aviv, Rechow[...]
aus anderen Gegenden [...]
men waren. Sie führten S[...]
bänder mit sich, die an di[...]
angebracht wurden. „Beg[...]
zuerst den Negew und e[...]
nach Sebastia" hiess es in [...]
Spruchband. Einer der A[...]
des Knessetabgeordneten [...]
Schwerinvalide, kam in [...]
Jeep auf das Zelt zugefah[...]
wollte das Spruchband he[...]
sen. Dabei wurde er zu[...]
gerissen. Mitglieder des [...]
sen Kibbuz Kfar Main [...]
Hapoel Hamisrachi-Be[...]
kamen dem Invaliden zu[...]
Später mengte sich die [...]
mit einem riesigen Aufg[...]
die Auseinandersetzung [...]
in eine Massenschlägerei [...]
te. Zahlreiche Zivilisten [...]
lizisten wurden verletzt.

Die Sportereigniss[...]

Von unserem A. Ye. Sportkorrespondenten

Bei den Europameisterschaften im Korbball wurde unsere Jugendmannschaft von Belgiens Nationalteam 86 : 87 besiegt. Das Spiel fand in Frankreich statt. Morgen kehrt die enttäuschte Nationalmannschaft ins Land zurück.

Gewichtstemmen: Zwei Rekorde wurden aufgestellt. Ausserdem sicherte sich Israel die Teilnahme an den Weltmeisterschaften in Manila. Bei dem Wettbewerb um den Preis auf den Namen der Opfer von München gewann Schaul Chaim (Hapoel Or Jehuda) im Leichtgewicht mit 110 kg. Zwei Jugendrekorde stellte Ibrahim Lewawi (Hapoel Akko) im Leichtgewicht mit 120 kg und im olympischen Zweierkampf mit 212.5 kg. Alex Mandel (Makkabi Tel-Aviv) brachte im Leichtgewicht auf 247.5 kg im olympischen Zweierkampf.

Er wird nach Manila [...]
Folgende Sportler wurd[...]
desmeister: Fliegengewi[...]
scha Gurewitz (Hapoel [...]
160 kg; Hühnergewicht [...]
sche Isahar (Makkabi T[...]
172.5 kg; Federgewicht [...]
Chambarlo (Makkabi T[...]
185 kg; Leichtgewicht [...]
Mandel (Makkabi T[...]
247 kg. Die Eltern vo[...]
Friedmann s.A. überrich[...]
Sieger im Hühnergewic[...]
Pokal. Die Witwe von [...]
Friedmann s.A. überrei[...]
Pokal im Leichgewicht.

Die Schwergewich[...]
fanden abends im Bet S[...]
Givatajim statt. Der [...]
Dieter Westfal nahm a[...]
deutscher Meister im S[...]
wicht teil. Franz S[...]
deutscher Vizepräsident [...]
bandes für Gewicht[...]
Weltmeister 1933—19[...]
Schiedsrichter.

ISRAEL NACHRICHTE[N]
[ח]דשות ישראל
TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRAC[HE]
— Nr. 175 —
Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 32[...]
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Redaktion: Tel. 30014
Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 32675
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52

[...] entsendet Beobac[...]
[Z]ypern-Konferenz in

Beobachter: Ke[...]

[...]NG BLUM

[M]AX SCHEFLAN